

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6100
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Resultate der Bauarbeiter-Aussperrung. — Der Aufstieg des Proletariats. — Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter in Theorie und Praxis. — Darmstädter Sozialpolitik. — Von den bayerischen Salinen. II. — Städtische Arbeiterfürsorge in Landau (Rheinpfalz). — Der Arbeitsmarkt im Jahre 1909. II. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Gerichts-Zeitung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Feuilleton: Ferdinand Freiligrath.

Resultate der Bauarbeiter-Aussperrung.

Nach neunwöchigem heldenmütigen Kampfe sind nun die Bauarbeiter durch Schiedspruch in die Lage versetzt, die Resultate ihrer Bewegung zu überleben. Mag auch an einzelnen Orten noch die Lohnfrage sowie die Verkürzung der Arbeitszeit zu weiteren Differenzen führen: soweit die Gewerkschaften Deutschlands an diesem Kampfe in hervorragendem Maße interessiert war, ist die Entscheidung gefallen.

Und zwar zugunsten der organisierten Arbeiter!

Galten wir uns noch einmal kurz die Situation vor Beginn des Kampfes vor Augen. Die scharfmacherischen „Pau-
lowen“ hatten den Ehrgeiz, die Preisfechter des modernen Unternehmertums zu sein. Sie wollten — nachdem die Gewerkschaftskassen der Bauarbeiter durch die Aussperrung von zirka 300 000 Arbeitern gesprengt sein würden — ihre Forderungen diktiert und die Arbeiter mühten zu Kreuze kriechen.

Aber es ist ganz anders gekommen. Schon beim Beginn des Kampfes wurde das Kampffeld erheblich eingeschränkt. Hamburg, Berlin, Bremen und andere Orte verlagten die Gewerkschaft und schlossen Vereinbarungen mit den Arbeitern. Dazu kamen diverse Einzelunternehmer an vielen Orten, die sich der Aussperrung fernhielten. Mithin verblieben trotz Materialsperrung und sonstigem rigorosen Unternehmerterrorismus kaum 150 000 Ausgesperrte. Das war das erste *Niasco* des Arbeitgeberverbandes.

Aber um so großzügiger waren die in die Presse lanzierten Drohungen der Scharfmacher. Die unübergebliebenen „Dresdener Forderungen“ wurden aufgestellt. Ohne diese sollte kein Friede möglich sein. Was „forderten“ doch die Unternehmer?

1. Zentraler Vertragsabschluss mit der Möglichkeit, zu jeder Zeit die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter vorzunehmen.
2. Eine „Regelung“ der Akkordarbeit, die den Einfluß der Gewerkschaften auf ihre Einführung sowie auf die Akkordlöhne völlig ausschalten sollte.
3. Klauseln, die dem Vertragslohn den Charakter als Mindestlohn nahmen.
4. Allgemeiner und dauernder Verzicht auf eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden.

5. Anerkennung der Unternehmerarbeitsnachweise, die zu Maßregelungsbureaus bestimmt waren.

Wir wollen dabei die durch Geheimzirkulare, Briefe usw. bekannt gewordene löbliche Absicht der Unternehmer nicht einmal weiter in Anrechnung setzen, die dahin ging, den Kampf zu einer Generalmachtprobe zu gestalten und die Gewerkschaften regelrecht unter's Joch zu zwingen. Weder das letztere ist gelungen, noch ist auch nur eine der fünf Dresdener Kardinalforderungen zugunsten der Unternehmer entschieden!

Das neue Vertragsmuster enthält nichts davon. Es gibt im Baugewerbe künftig Orts- bzw. Bezirksverträge, die durch örtliche Verhandlungen geschaffen werden. Diese Einzelverträge werden durch einen Hauptvertrag zu einem rechtlichen Ganzen verbunden. Darin besteht ohne Zweifel eine Annäherung an den zentralen Vertrag. Aber sie ist vollzogen worden unter Umgehung der Volksgruben, die der Arbeit-
geberbund für die Gewerkschaften vorbereitet hatte. Die zivilrechtliche Gastpflicht der Organisationen ist nicht durch eine unverbindliche Erklärung, sondern durch Vertragsbestimmungen ausgeschlossen worden. Stellt sich dieses Ergebnis als ein Scheitern der Unternehmerpläne dar, so in den anderen Punkten noch viel klarer und unbestreitbarer. Die Frage der Akkordarbeit ist so entschieden, daß die Gewerkschaften den ihnen zustehenden Einfluß auf die Festsetzung der Akkordlöhne haben werden. In der Lohnfrage ist die Errungenschaft des Mindestlohnes gesichert worden. Die Arbeitszeit kann trotz dem bekannten Verbot der Kölner Generalversammlung des Arbeitgeberbundes dort, wo die Verhältnisse es notwendig machen, um 10 Stunden verkürzt werden. Die Arbeitsnachweise der Unternehmer sind ungeschützt geblieben und können und werden von den Arbeitern bekämpft werden, sobald sie als Kampfmittel wirken.

Hier zeigt sich also unzweideutig das zweite *Niasco* des Arbeitgeberverbandes.

Aber mit Recht weist der „Grundstein“ in seiner Nummer vom 18. Juni darauf hin: Die Annahme der Vergleichsvorschläge durch den Bund ist nicht einer Abkehr von seinen scharfmacherischen Vergewaltigungsplänen gleichzuachten, sondern einem erzwungenen Nachgeben. Sine qua non hätten die Arbeiter einem Vertragsmuster, wie es jetzt besteht, auch vor der Aussperrung zugestimmt.

Wohl haben auch die Gewerkschaften des Bauberufes während der Zeit des Kampfes große Opfer bringen müssen. Die Ausgesperrten verzichteten für zwei Wochen auf jede Unterstützung, die Beamten auf ihr Gehalt und die Arbeitenden zahlten pro Tag 1 Mk. Aber damit wurden auch die Berechnungen der Unternehmer zunichte gemacht und sie mußten sich von der Illusion freimachen, die Stäben der Gewerkschaften zu sprengen. So blieb ihnen nichts übrig, als sich dem verhassten Schiedspruch zu fügen.

Doch es verblieb noch die örtliche Festsetzung von Arbeitszeit und Arbeitslohn. Es erscheint ganz sicher nach den gepflogenen örtlichen Verhandlungen, daß die Unternehmer auf die Parole sich verpflichtet hatten, keine allgemeinen Lohn erhöhungen zu bewilligen. So sollten also die Arbeiter wenigstens um die materiellen Früchte ihres Sieges geprellt werden. Aber die Arbeiter weigerten sich mit Recht, zu den alten Bedingungen wieder anzufangen. Nun hatte das Schiedsgericht das letzte Wort. Es fällt folgenden Schiedsspruch:

Die gegenwärtigen tariflichen Löhne werden während der Vertragsdauer im allgemeinen um 5 Pf. erhöht. In Orten, die nach der letzten Volkszählung weniger als 5000 Einwohner hatten, wird der tarifliche Lohn um 4 Pf. erhöht. Gehören solche Orte nach dem letzten Tarifvertrag zum Verbandsgebiet eines größeren Ortes, so tritt auch hier eine Lohnhöhung von 5 Pf. ein. Die Anrechnung bisher gewährter Lohnhöhungen ist technisch schwer möglich, würde zu Ungerechtigkeiten führen und den Abschluß der Bewegung stark verzögern und muß deshalb abgelehnt werden. Die Lohnhöhung hat in folgender Weise einzutreten: wo 5 Pf. gewährt werden: sofort 1 Pf., am 1. April 1911 2 Pf., am 1. April 1912 2 Pf., wo 4 Pf. gewährt werden: sofort 1 Pf., am 1. April 1911 2 Pf., am 1. April 1912 1 Pf.

Vorher war für München entschieden: Der Lohn wird sofort um 2 Pf. pro Stunde erhöht; vom 1. April 1911 ab tritt neben einer Zulage von 4 Pf. auch eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag ein; ab 1. April 1912 wird der Lohn um weitere 2 Pf. erhöht. Für Nürnberg fand eine ähnliche Regelung statt.

In der Frage der Arbeitszeit wurde folgende generelle Entscheidung getroffen:

Die Arbeitszeit wird in Frankfurt, Offenbach, Ludwigshafen, Wiesbaden und Mannheim am 1. April 1911 auf 9½ Stunden herabgesetzt, für alle übrigen Orte und Lohngebiete wird eine Arbeitszeitverkürzung abgelehnt. Mit Ausnahme von Offenbach und Wiesbaden erhalten die Arbeiter im ersten Jahre 2, im zweiten 3½ und im dritten 2 Pf. Wo die Differenz zwischen Bauhilfsarbeiter- und Maurerlöhnen über 13 Pf. beträgt, sollen die Bauhilfsarbeiter 1 Pf. Zulage erhalten. In Orten unter 10 000 Einwohnern, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit eine volle Stunde beträgt, tritt der Lohnausgleich nur um die Hälfte ein. Wo die Arbeitszeit 11 Stunden beträgt, wird sie am 1. April 1911 auf 10½ Stunden und am 1. April 1912 auf 10 Stunden herabgesetzt. Wo die Arbeitszeit 10½ Stunden beträgt, wird sie am 1. April 1911 auf 10 Stunden herabgesetzt. Wenn bis 8. Juli keine örtlichen Einigungen erfolgen, so ist als Endtermin für die 2. Instanz der 15. Juli festgesetzt.

Bei den letzten Verhandlungen ist es offenkundig zutage getreten, daß Unternehmertum fühlt sich zwar „vergewaltigt“ von den Unparteiischen, aber man kann dem drohenden Pleitegeier im Unternehmerlager nur entgehen, wenn schnelligt die Aussperrung aufgehoben wird. Und so sind denn bereits in Rheinland-Weisfalen und anderwärts die Pauten für die Arbeiter geöffnet. Wiederum ist ein Fiasko der Unternehmer zu verzeichnen.

Inzwischen nehmen die Arbeiter in aller Ruhe und Besonnenheit zu den Schiedssprüchen Stellung.

Auf dem außerordentlichen Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter im Charlottenburger Volkshaus vom 20. Juni gab Bömelburg folgende Resultate bekannt: 16 Lohngebiete, die 394 Orte umfassen, erhalten nach dem Schiedsspruch an Stelle der 10- die 9½ stündige Arbeitszeit, während in 24 Lohngebieten mit 241 Orten die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduziert wird. Ferner erhalten dort, wo der Unterschied zwischen dem Lohn der Maurer und dem der Hilfsarbeiter mehr als 13 Pf. beträgt, die letzteren einen Vienna Zulage. Wenn man niedrig rechnet, kommt die 5 Pf. Zulage 235 000 Maurern und Zimmerern zugute. Für die 4 Pf. Zulage kommen 150 000 Hilfsarbeiter und Zimmerer in Betracht. Doch wird diese Zahl in Wirklichkeit noch weit überholt, da die aufgenommene Statistik sich auf das Krisenjahr 1908 aufbaut, so daß man ungefähr 500 000 Per-

sonen rechnen kann. Von der Verkürzung der Arbeitszeit ziehen insgesamt zirka 30 000 Personen Nutzen.

Es ist Sache der Bauarbeiter, sich nun zu entscheiden, ob sie sich mit diesen Resultaten zufrieden geben.

Für die deutsche Arbeiterschaft aber ist bereits im gegenwärtigen Augenblick der Beweis erbracht: Das Unternehmertum hat eine schwere Niederlage erlitten, dank nicht zuletzt dem Opfermuth aller Organisierten.

Unsere Verbandskollegen haben an zahlreichen Orten regelmäßige Ertragsbeiträge für die ausgesperrten Bauarbeiter erheben. Anderwärts sind die freiwilligen Sammlungen gut ausgefallen. Das beweist uns, wie auch die städtischen Arbeiter von der notwendigen Solidarität durchdrungen sind. Schulter an Schulter haben sie gestanden mit den Ausgesperrten, und deren Sache zu der ihrigen gemacht. Dies wird nicht nur den Schornsteinen im Baugewerbe eine heilsame Lehre für die Zukunft geben, sondern auch denjenigen Arbeitgebervereinen, die wählten, mit dem Hunger die Arbeiter unters Joch zu zwingen. Es bleibt dabei: Die Solidarität der deutschen Arbeiter ist kein leerer Wahn!

Der Aufstieg des Proletariats.

Der Kampf gegen das Kapital wird den Arbeitern in erster Linie durch die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus aufgenötigt. Die ökonomische Theorie besagt, daß der Arbeiter dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkauft und den Wert dieser Arbeitskraft, das ist der Wert alles dessen, was der Arbeiter zum Leben braucht, als Lohn ausgezahlt bekommt. Das wird aber nur als Normalfall von der Theorie vorausgesetzt, ähnlich wie sie in ihren Betrachtungen der Einfachheit halber voraussetzt, daß alle Waren zu ihrem wirklichen Wert gekauft und verkauft werden. In Wirklichkeit weicht bei jeder Ware der gezahlte Preis von ihrem Wert nach Maßgabe von Angebot und Nachfrage ab. Wo das Angebot überwiegt, sinkt der Preis unter den Wert. So steht es auch mit der Ware Arbeitskraft. Wo ein Ueberangebot von Arbeitern herrscht, sinkt der Lohn unter den Wert der Arbeitskraft herab; sie müssen sich mit weniger zufriedengeben, als sie eigentlich zum Leben brauchen und noch froh sein, wenn sie hungernd, in stetiger Not und Entbehrung gerade das nackte Leben fristen können. Sie befinden sich dabei auch in einer viel ungünstigeren Lage als andere Warenbesitzer; diese können, wenn sie der gebotene Preis zu niedrig dünkt, die Ware meist aufbewahren; aber der Arbeiter kann das nicht, weil seine Ware verschwindet und verdirbt, wenn es ihm nicht gelingt, sie sofort loszuschlagen.

Sobald das erste Emporkommen des Kapitalismus große Massen von Kleinhandwerkern und Arbeitern des Kleinbetriebs arbeitslos macht, ist daher die erste Folge, daß der Lohn bis zum tiefsten Existenzminimum herabgedrückt wird, während zugleich durch lange Arbeitszeiten die Gesundheit zerrüttet wird. Das einzige Mittel, dieser niederdrückenden Tendenz entgegenzutreten, besteht in der Koalition zur Aufhebung der gegenseitigen Konkurrenz. Der ökonomischen Form nach scheint die Sache hier ähnlich zu liegen, wie bei den Verabredungen irgendwelcher Warenverkäufer, ihre Ware zurückzubehalten, damit die Preise emporschnellen und die Käufer gründlich angeplündert werden können. So haben auch bürgerliche Deponomen und Politiker die Arbeiterkoalitionen, die Gewerkschaften, bei ihrem ersten Aufkommen als verbrecherische Verschwörungen verdonnert, die, ähnlich wie die Ringe der Großkapitalisten, sich einen unerlaubten Vorteil auf Kosten ihrer Mitbürger ergaunern wollten, und daher gesetzlich und gerichtlich verfolgt werden mußten. Für die Bourgeoisie ist eben die Arbeiterschaft genau so eine Ware wie z. B. Kartoffeln; daß aber an dieser Ware ein Mensch festhält, der als Mensch noch andere Aspirationen hat als bloß Träger von Arbeitskraft zu sein, darum kümmert sie sich nicht. Erst seitdem die Arbeiter sich als Menschen, als Kämpfer bemerkbar machten, mußten bürgerliche Wissenschaft und Politik sie wohl oder übel als solche anerkennen, den Gewerkschaften Rechnung tragen und sie sogar umwerben. Aber der kapitalistische Unternehmer denkt im Grunde noch immer so; die Fräulein, die die Baumwolle, und die Gewerkschaften, die die Arbeitskraft verteuern, betrachtet er in gleicher Weise oder nur mit dem Unterschiede, daß er letztere aus Feigheit gegen die Großkapitalisten und aus Massenhaß schärfer besinnt. Was aber bei jener oder jenen ähnlichen Gleichlegung außer acht gelassen wird, ist erstens die Tatsache, daß das Steigen der Arbeiterlöhne zugleich das Aufsteigen einer

ganzen großen Menschenklasse zur Kultur, das Menschwerden der großen verelendeten Masse bedeutet. Und zweitens trifft sogar ökonomisch der Vergleich nicht völlig zu; die Kapitalisten wollen mit ihren Preistreibern den Preis hoch über den Wert emporheben, während es sich in dem Kampf der Gewerkschaften darum handelt, den Wert selbst der Arbeitskraft erst zu verwirklichen.

Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften besteht darin, den Arbeitern den Wert ihrer Arbeitskraft zu sichern. Wenn die bürgerlichen Mütter über die Habgucht und die maßlosen Forderungen der Arbeiter zeteren und die fromme Sorte unter ihnen mit himmelwärts verdrehten Augen über die Genußsucht und die Verschwendung des heiligen Geschlechts jammert, das sich immer mehr von den einfachen Sitten und der Bedürfnislosigkeit der Väter abwendet, so beschuldigen sie damit nur ihre Unwissenheit oder ihre Heuchelei. Was den Arbeitern bei ihren gewerkschaftlichen Kämpfen als Ziel vor Augen schwebt, ist nicht unbegrenzter Reichtum, Verschwendung und Gelegenheit, jede Laune zu befriedigen, sondern die Befriedigung ihrer tatsächlichen Bedürfnisse, die Erfüllung dessen, was sie zum Leben notwendig brauchen.

Das liegt schon in der Tatsache enthalten, daß um jede Verbesserung gekämpft werden muß, daß jede Lohnerhöhung nur mit großen Anstrengungen, Entbehrungen und Gefahren erkauft werden kann. Diese werden nicht für überflüssige Launen, sondern nur für das Notwendige aufgebracht. Die Erfolge werden, neben den äußeren Verhältnissen und Widerständen, durch die Energie und den Opfermut bestimmt, die die Arbeiter im Kampfe aufwenden. Wovon hängen diese ab? Der Arbeiter vergleicht das, was er bekommt, mit dem, was er zum Leben braucht; seinen Lohn mißt er an dem Maßstab seiner Bedürfnisse, also vergleicht er den Preis mit dem Wert seiner Arbeitskraft. Den Unterschied zwischen beiden empfindet er als Not, als Mangel, als Armut, die ihn zum Kampfe treiben. Um so größer die Spannung zwischen Preis und Wert der Arbeitskraft, um so größer Erbitterung und Energie werden die Arbeiter kämpfen, und um so größer werden unter sonst gleichen Umständen die Erfolge, die Lohnsteigerungen sein. Um so geringer jener Unterschied, um so weniger drückend wird die Lage empfunden, um so geringer wird die Neigung sein, sich für weitere Verbesserungen großen Opfern und Gefahren auszusetzen. Daher wird vor allem die erste Zeit, worin die Organisation überall mächtig aufwächst, auch die Zeit der größten positiven Erfolge sein, worin der Lohn am stärksten emporsteigt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Kampfeslust um so größer ist, je niedriger der Lohn. Der Wert der Arbeitskraft ist keine feste Größe, sondern hängt von historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Östeuropäische Einwanderer in Westeuropa und Amerikaner stellen so wenig Ansprüche an Wohnung, Nahrung und Lebenshaltung, der Wert ihrer Arbeitskraft ist so gering, daß ihnen ein Lohn, von dem andere Arbeiter nicht leben können, hoch erscheint und sie daher nicht an Kampf denken. Bei den ersten unorganisierten, tief heruntergedrückten Sklaven des Kapitalismus, die durch das Elend entartet waren und stumpf, gleichgültig und lumpenfähig dahinschliefen, waren gleichfalls die Bedürfnisse und Ansprüche sehr niedrig.

Erst die Organisation bringt mit dem erwachenden Strafgefühl, mit der Aussicht auf die Möglichkeit eines besseren Lebens auch die höheren Ansprüche an das Leben, das Verlangen nach mehr Lebensgenüssen, die Sehnsucht nach Kultur, also eine Steigerung des Wertes der Arbeitskraft. Das unbewußte Elend wird zum bewußten Elend, das zum Kampfe reizt; mit dem gestiegenen Wert der Arbeitskraft muß auch ihr Preis, der Lohn, steigen. Darin liegt nicht zum wenigsten die hohe Bedeutung der Gewerkschaften, daß sie bei den hoffnungslosen neue Hoffnung wecken, bei den anspruchlosen die Ansprüche steigern, denn die Ansprüche der Menschen sind die Grabmäler ihrer Kulturhöhe.

Und diese Steigerung des Wertes der Arbeitskraft hört nicht auf. Einerseits bringt der Kapitalismus immer neue Massenartikel in den Bereich oder fast in den Bereich der Arbeiter, andererseits vergrößert ihr Befreiungskampf ihre geistigen Bedürfnisse, während zugleich die mächtiger werdenden Organisationen ihr Kraftgefühl steigern. Der Lohn kann sich daher nicht einer bestimmten Grenze nähern, wo eine weitere Steigerung aufhört, sondern das Ziel, nach dem er strebt, liegt selbst immerfort in die Höhe. Auf das erste rasche Emporkommen des Lohnes folgt kein Stillstand, sondern nur ein langsames Steigen. Allerdings spielen dabei dann weitere Umstände mit; aus Furcht vor der Macht der Organisation kann der Widerstand und die Gefallosigkeit der Unternehmer dergestalt zunehmen, daß zeitweilig die Lohnsteigerung aufhört. Das ist dann ein Zeichen dafür, daß die Formen des Kampfes sich diesen neuen Verhältnissen anpassen müssen.

Leipziger Volkszeitung.

Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter in Theorie und Praxis.

Daß die städtischen Arbeiter ebenfalls das Recht haben, sich zu koalieren, ist auch den Stadtverwaltungen bekannt. Aber in sehr vielen Fällen steht dieses Recht nur auf dem Papiere. Daß die Stadtverwaltungen selbst nichts mehr gegen die Organisationsbestrebungen der städtischen Arbeiter unternehmen, ist ja bekannt. Man sieht es zwar nicht gern, daß sich die Arbeiter organisieren, aber man hat durch Erfahrung gelernt, daß es besser ist, wenn man die Organisation wenn schon nicht anerkennt, so doch duldet. Leider kann das von sehr vielen Betriebsleitern und Beamten nicht immer gesagt werden. In den meisten Fällen, wo diese Leute gegen die Organisation wüten, sind es solche Leute, die alle Ursache haben, die Organisation zu fürchten. Man will mit Gewalt ein Recht vorenthalten, was die Herren für sich selbst in Anspruch nehmen. So manchem Betriebsleiter mangelt es auch an der so notwendigen sozialpolitischen Einsicht, und bei den ihnen unterstellten Beamten sieht es in dieser Beziehung noch viel trostloser aus. Vielfach sind es Militäranwärter. Selbstverständlich fehlen diesen Leuten die für diesen Posten notwendigen Kenntnisse. Ihre Unkenntnis suchen diese Herren dann dadurch zu verdecken, daß sie die Arbeiter schikanieren. Was die Arbeiter darunter zu leiden haben, davon könnten ganze Bände geschrieben werden. Die Arbeiter lernen daher immer mehr einsehen, daß die einzige Rettung aus dieser Pein nur die Organisation ist. Daraus erklärt sich denn auch der Haß dieser Beamten gegen die Organisation. Hier haben die Arbeiter eine Macht, die die Beamten zu fürchten haben, und das Bestreben, die Organisation dadurch zu schaden, indem man die an der Spitze der Organisation stehenden Arbeiter bei der ersten sich bietenden Gelegenheit entläßt, findet dadurch ebenfalls seine Erklärung.

Die Stadtverwaltungen erklären immer, daß es ihnen ganz gleichgültig ist, wenn sich die Arbeiter organisieren. Aber in den wenigsten Fällen machen die Stadtverwaltungen das von den Beamten an den Arbeitern begangene Unrecht dadurch wieder gut, daß sie die Arbeiter in ihre früheren Stellen wieder einsetzen. Die Arbeiter werden „im Interesse der Disziplin“ nicht wieder eingestellt. Wo Maßregelungen vorkommen, da kann auch meist behauptet werden, daß die Stadtverwaltung selbst der Hauptschuldige ist. Die Betriebsleiter werden sich hüten, Arbeiter wegen Verbandszugehörigkeit zu entlassen, wenn sie wissen, daß die Stadtverwaltung dagegen einschreitet. Selbstverständlich sucht man immer andere Gründe herbei, die die Entlassung rechtfertigen sollen. Aber diese Gründe sind zuweilen so fadensteinig, daß selbst der einfältigste Mensch dieses Scheinmanöver erkennen kann. Wenn man jemand hängen will, findet man auch wohl einen Strick dazu. Würde gegen die Betriebsleiter und Beamten ebenso verfahren, wegen der geringsten Versehen die sofortige Entlassung zu verfügen, dann würde sich wohl jeden Tag Gelegenheit dazu bieten. Die Herren bilden sich doch wohl nicht ein, daß sie frei von Fehlern sind. Vielfach lassen sich aber auch nicht die geringsten Gründe anführen, die eine Entlassung rechtfertigen. Immer wieder werden Maßregelungen berichtet, bald von diesem, bald von jenem Orte, und doch ist dieses endlose Kapitel noch nicht erschöpft. Die Stadtverwaltungen sollten doch schließlich einsehen, daß das blinde Wüten gegen den Verband diesem durchaus noch nicht geschadet hat, sondern unsere Organisation hat sich zu einer recht respektablen Macht entwickelt.

Auch vom Elektrizitätswerk Hannover müssen wir von Maßregelungen berichten, wo der Haß gegen die Organisation so recht drastisch in Erscheinung tritt. Man hat sich hier keine Mühe erst gegeben, Gründe für die Entlassung anzugeben. Der Inspektor Ziegler vom Drehstromwerk, der die Entlassung verfügte, sagte einfach: Die Arbeiter geben auch keine Gründe an, wenn sie von selbst weggehen, mithin brauchen wir auch keine Gründe anzugeben. Wir wollen eben einmal mit dem Personal wechseln.“ Das war wenigstens deutlich. Wir sind nun der Ansicht, daß ein häufiger Arbeiterwechsel nicht im Interesse des Betriebes liegen kann. Uns dünkt auch, daß es zweckmäßiger wäre, wenn der Inspektor mehr darauf achten würde, daß die Unfallverhütungsvorschriften von den einzelnen Beamten besser beachtet werden, damit die Arbeiter nicht ihr Leben und Gesundheit opfern müssen. Aber bei dem häufigen Arbeiterwechsel und den fortwährenden Antreibereien durch die Obermaschinen sind die schweren Unfälle, wie sie sich auf dem Drehstromwerke ereignet haben, unvermeidlich.

Die Betriebsleitung sollte daher froh sein, wenn sie tüchtige eingearbeitete Leute hat. Schon dadurch werden neben der besseren Erledigung der Arbeiten auch die Unfälle vielfach vermieden. Aber

das Betriebsinteresse scheint der Betriebsleitung völlig gleichgültig zu sein.

Am 28. Mai wurden plötzlich vier Mann vom Drehstromwerk entlassen, ohne daß dazu ein Grund vorlag. Die Arbeiter wissen allerdings, warum die Entlassung erfolgte. Die Arbeiter hatten von der Betriebsleitung die Einführung des Dreischichtenbetriebes für Miesel und Maschinenebauer erfordert. Die Antwort der Betriebsleitung war die Entlassung der vier Mann. Drei davon gehörten dem Verband der Herzer und Maschinisten an und einer einer unierten Organisation. Warum unter Nothlage mit entlassen wurde, ist überhaupt rätselhaft, da er ja mit den Anforderungen nichts zu tun hatte und sein Name unter der Eingabe nicht verzeichnet war. Unser Kollege Drems war zuletzt als Portier beschäftigt. Das einzige Verbrechen, was Drems begangen hatte, war, daß er die Verammlung besuchte, die sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigte. Selbstverständlich wurde das dem Inspektor hinterbracht und aus diesem Grunde wurde Drems entlassen. Natürlich wurde das als Grund zur Entlassung nicht angegeben, wie denn überhaupt keine Gründe angegeben wurden. Drems war vorher schon verschiedene Male vor dem Verbandsrat „gewarnt“. Ein Obermaschinist hatte auch schon einige Tage vorher geäußert, daß die Verbandsmitglieder so nach und nach aus dem Betriebe raus kämen. Das wird natürlich nur ein frommer Wunsch bleiben und die Einschüchterungsversuche, denn weiter waren die Entlassungen nichts, werden die erhoffte Wirkung nicht haben. Der Verband wird den Inspektor Bieglar überdauern. Der Inspektor irrt auch, wenn er glaubt, durch die Entlassung der Vier jetzt Ruhe zu haben. Die Arbeiter werden nach wie vor auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen drängen, gleichviel, ob das dem Herrn gefällt oder nicht.

Was sagt nun aber die Stadtverwaltung zu dem Gewaltstreik des Inspektors? Gallen die Herren das für Recht, Arbeiter deswegen zu entlassen, die nur das fordern, was in anderen Städten bereits zur Zufriedenheit der Arbeiter und auch der Betriebe eingeführt ist? Die Stadtverwaltung schweigt sich aus, trotzdem der Vorfall bekannt ist. Die Herren von der Kommission für das Elektrizitätswerk sind ebenfalls ob solcher Taten sprachlos geworden, obwohl sie von der Verbandsleitung über die Vorgänge genau unterrichtet sind. Die Arbeiter haben leider keinen Vertreter im Stadtparlament, und die bürgerlichen Herren halten bei Arbeiterangelegenheiten das Schweigen als den besseren Teil der Tapferkeit. So behandelt man in Hannover die städtischen Arbeiter.

Wenn eine Stadtverwaltung die Handlungsweise eines Beamten stillschweigend billigt, dann trägt sie auch die Verantwortung für diese Taten. So liegt es auch in diesem Falle. Die Herren kennen diesen Vorfall, und doch wird nichts geändert. Brutaler ist man wohl niemals gegen Arbeiter vorgegangen. Die Betriebsleitung ist selbst zu feige, den wahren Grund der Entlassung den Arbeitern ins Gesicht zu sagen. Auf den Entlassungsscheinen war nur vermerkt, wie lange die Arbeiter am dem Elektrizitätswerke beschäftigt waren. Erst auf unser Drängen erhielt Drems ein Zeugnis ausgestellt, was wir hier zu Ruh und Frommen der Lesenden mitteilen wollen.

Elektrizitätswerk Hannover.

„Der Arbeiter Heinrich Drems ist vom 3. Oktober 1907 bis 28. Mai 1910 im Drehstromwerk beschäftigt gewesen. Seine Leistungen haben uns zufrieden gestellt.“

Der Austritt erfolgte auf Grund der vereinbarten Kündigung. J. A.: Hoppe.“

Also irgend etwas Nachteiliges konnte man Drems nicht nachsagen, seine Leistungen haben die Betriebsleitung zufriedengestellt und das will auf dem Drehstromwerke wirklich viel sagen. Den ganzen Tag sitzen die Obermaschinisten hinter den Arbeitern, und es ist kaum einer außer den Schmarobern vorhanden, der „genügend leistet“. Es war aber auch wirklich schwer, hier etwas zu finden, denn Drems war vorher, ehe er auf dem Drehstromwerke beschäftigt wurde, schon lange Jahre in einem anderen städtischen Betriebe. Drems hat seine Kraft und Gesundheit in den städtischen Betrieben geopfert, jetzt ist er alt, nun mag er sehen, wie er in seinen alten Tagen durchs Leben kommt. So sieht die geistliche Erbsitzung der städtischen Arbeiter in der Praxis aus. Der Arbeiter wird der Laune jedes beliebigen Vorgesetzten geopfert, ohne daß sich auch nur einer der Herren von der Stadtverwaltung darum kümmert.

Die Arbeiter müssen aber aus diesem Vorfall ihre Schlüsse ziehen. Es gibt nur einen Weg: Ausbau der Organisation, damit in Zukunft derartigen Gewalttaten energig entgegengetreten werden kann. Nur die Schwäche der Arbeiter ermöglicht den Herren derartige Streiche.

Darmitädter Sozialpolitik.

Die heftigste Residenz besaß von jeher den Ruf, die langweiligste Stadt Deutschlands zu sein und hieran hat sich auch, trotz der eifrigen Bemühungen des Großherzogs, aus seiner Residenz eine Kunitadt mit frisch pulsierendem Leben zu machen, nur wenig geändert. Darmitadt beherbergt nämlich in seinen Mauern eine, im Verhältnis zu seiner Größe unheimlich große Zahl von Beamten jeden Grades und Ranges, aktive und pensionierte, von denen sich jede Stufe peinlich absondert von der nächst tieferen, so daß ein heitres würdevolles Kasernenwesen das ganze öffentliche und gesellschaftliche Leben beherrscht.

Daß von diesem Beamtenmaat sehr wenig Verständnis für die Bestrebungen der Arbeiter zu erwarten ist, findet man erklärlich. Weniger erklärlich ist die Tatsache, daß noch viele städt. Arbeiter einen Indifferentismus in Arbeiterfragen betätigen, der nahe verwandt ist mit der Eigenschaft, die einem Sprüchwort entsprechend selbst Götter vergebens bekämpfen. Kaum im städtischen Dienst, glauben sie alle Kämpfe der Arbeiter um eine Verbesserung ihrer Lage ignorieren zu können. Kurz, der „Beamtenfoller“ hat sie ergriffen und sie merken nicht, welche klägliche Rolle sie spielen. Ein gelber Arbeiterverein, den die Stadt mit jährlich 400 M. unterstützt, bietet diesen Helden Gelegenheit, sich bei Kurra- und Hochrufen über ihre wahre Lage hinwegzutäuschen.

Einen Beweis für das hier Gesagte erbrachte die Behandlung eines Antrags um Lohnerhöhung in der Sitzung des Stadtvorordnetenkollegiums am 11. Mai d. J.

Schon voriges Jahr hat die hier bestehende Filiale unseres Verbandes ein Gesuch um Einführung einer Arbeitsordnung, sowie den Entwurf einer solchen, der Stadtverwaltung eingereicht. Die Mitglieder erwarteten nun nicht nur eine Regelung des Arbeitsverhältnisses, sondern auch eine Regelung der Löhne, die der bedeutenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse Rechnung tragen würde. Selbst der Vorstand des obengenannten gelben Vereins, der sonst nur an patriotischen Feitagen in konvulsische Zustände gerät, verhielt sich, dem Drängen seiner Mitglieder schweren Herzens nachgebend, zu der be- und wehmütigen Bitte an die Stadtverwaltung, eine Teuerungszulage zu gewähren, und das will schon sehr viel heißen. Im Januar d. J. erfuhr man aus einer vom Oberbürgermeister verfaßten Denkschrift, daß 30 000 M. für Erhöhung der Arbeitslöhne vorsehen seien. Der 1. April brachte die Zulage nicht, so daß unsere Filiale wieder auf dem Plan erschien. Am 23. April fand eine öffentliche Versammlung statt, und wenn auch der Versuch dieser von Seiten der Nichtorganisierten zu wünschen übrig ließ, so wurde dort eine Resolution gefaßt, die zur sämtlichen städtischen Arbeiter eine Lohnzulage von 20 Pf. täglich verlangte, sowie die baldige Einführung einer Arbeitsordnung in Erinnerung brachte. Nun begann die Maschinerie zu arbeiten, am 11. Mai fand ein Antrag der Bürgermeisterei in der Stadtvorordnetenversammlung zur Beratung, den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage von einem Pfennig pro Stunde zu gewähren. Selbst einige bürgerliche Stadtvorordnete erkannten, jedenfalls mit Rücksicht auf die in diesem Jahre stattfindenden Neuwahlen, das Unzulängliche dieser Zulage, umso mehr als man den Beamten 8 Prozent Zulage bewilligt habe. Ein Antrag von dieser Seite, den Arbeitern mit mehr als zehn Dienstjahren zwei Pfennig pro Stunde zu gewähren, fand keine Gnade; derjenige der Bürgermeisterei dagegen wurde angenommen. Derselbe ist rückwirkend bis zum 1. April. Weil die vorgesehenen 30 000 M. für die Lohnerhöhung nicht aufgebraucht werden, sondern noch etwa 7 500 M. übrig bleiben, soll aus dieser Summe ein Fonds gebildet werden, aus dem in Not geratene städtische Arbeiter Unterstützung erhalten können. Ein vernichtendes Urteil über das vorher geleistete unzulängliche Fischwerk, das die Herren durch Annahme dieses Antrages selbst fällten, konnte nicht erbracht werden, zugleich aber auch eine Charakteristik der gesamten Darmitädter Sozialpolitik: Wohltaten anstatt Rechte!

Den Höhepunkt erreichte die Debatte, als der Herr Oberbürgermeister in diese eingriff und einen Blick in die sozialpolitische Abteilung seines Herzens gestattete. Die Eröffnung, daß die 1 Pfennigzulage mit gütiger Erlaubnis der Privatarbeitgeber erfolgt ist, war noch das Geringste. Warum aber der Hinweis auf ganz selbstverständliche soziale Einrichtungen der Stadt, wie Urlaub, Hinterbliebenenfürsorge, Bezahlen der Feiertage und halber Differenz zwischen Lohn und Kranfengeld erfolgte, ist unverständlich, hätte sich der Herr Oberbürgermeister der Mühe unterzogen, die Leistungen einiger Nachbarstädte auf diesem Gebiete mit denen Darmitads zu vergleichen, er würde sicherlich her-

ausgefunden haben, daß die Absiedlung das Prädikat einer sozialen Ruinertat noch nicht erreicht hat. Die Lobeshymnen sind also noch verfrüht. Oder soll es ein Wink an die Arbeiterschaft sein, mit weiteren Forderungen an die Stadtverwaltung nicht heranzutreten. Das Streben der Arbeiterschaft um eine menschenwürdige Lebensweise befriedigt man nur durch Taten, nicht durch Worte, und gerade für die städtischen Arbeiter in Darmstadt ist Grund genug vorhanden, eine Besserung ihrer Lage anzustreben. Denn zurzeit stehen gar manche dieser Einrichtungen nur auf dem Papier, in der Praxis sind dieselben für den Arbeiter wertlos. So unterscheidet sich, um nur eins herauszugreifen, das Aufgebot eines städtischen Arbeiters von der Armenunterstützung nur durch den Namen, ganz abgesehen davon, daß irgendein Betriebsleiter bei dem geringsten selbst unabsichtlichen Vergehen eines Arbeiters diesen durch Entlassung um den Genuß dieser sozialen Zuwendungen bringen laßt.

Die Bemerkung eines Stadtverordneten, es sei ein Unrecht, den Beamten 8 Prozent und den Arbeitern nur 2 Prozent Zulage zu bewilligen, beantwortete der Oberbürgermeister damit: „Zwischen Arbeitern und Beamten muß ein Unterschied gemacht werden, der Grundfaß von Leistung und Gegenleistung muß aufrecht erhalten werden, geben wir diesen auf, so geben wir uns selbst auf und unterbinden jeden Trieb nach Aufwärtsstreben.“ Das ist die Logik eines Beamten, der in dem eingangs skizzierten Milieu einer Beamtenstadt groß geworden ist. Schade, daß der Redner nicht des weiteren ausgeführt hat, worin eigentlich dieser Unterschied besteht. Soll ein Arbeiter weniger oder schlechter essen, oder kauft er seine Bedürfnisse billiger? Gerade das Gegenteil ist doch der Fall. Wieso würde bei einer achtprozentigen Lohnerrhöhung der Arbeiter, gegen den Grundfaß von Leistung und Gegenleistung verstoßen? Mit seinen paar Pfennigen Stundenlohn würde der Arbeiter doch immer schlechter abschneiden als der Beamte mit seinem höheren Gehalt. Der Unterschied zwischen Arbeitern und Beamten ist nur graduell, prinzipiell ist ein solcher nicht vorhanden.

Doch vorläufig genug damit. Wir werden demnächst den Darmstädter Kollegen Gelegenheit geben, Vergleiche mit anderen Städten auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge anzustellen. Mögen die Arbeiter dann selbst entscheiden.

Jetzt heißt es: Hinweg mit dem falschen Standesdünkel, Hinweg mit der ungeligen Zersplitterung der Kräfte, und hinein in den Verband der Gemeindegewerkschaft. Nur auf dem Wege ist ein Vormärtskommen möglich.

Von den bayerischen Salinen.

II.

Im Gegensatz zu den Beratungen wegen der Konzentrierung des Salinenbetriebes zeigten die Verhandlungen des bayerischen Landtages sehr wenig Interesse der bürgerlichen Abgeordneten an den Petitionen der Arbeiter. Schon die Verquickung dieses Punktes mit den „Niederlandzentralen“ war höchst unglücklich. Von den 98 Zentrumsabgeordneten, die sich doch als die patentierten Arbeitervertreter einschäzen, waren nur wenige Mann im Saale; ja zeitweise standen noch ganze drei Paar Zentrumsstühle unter den Bänken. Es war das gerade, als der Sozialdemokrat Auer warm für die Wünsche der Arbeiter eintrat. Aber selbst die christlichen Arbeiterführer, von denen Königbauer und Dauer bestimmt im Hause anwesend waren, begnügten sich damit, zeitweise schnell einen Wink in den Sitzungssaal zu werfen. Der Vertreter Traunsteins, christlicher Arbeitersekretär Königbauer, war wiederholt zum Wort gemeldet, war aber nicht da, als ihm dieses erteilt wurde.

Da es aber doch nicht gut ging, die Wünsche der Arbeiter — auch der christlichen — nur von dem Sozialdemokraten vertreten zu sehen, bekam Königbauer durch eine kleine Schiebung am nächsten Tage doch noch das Wort, um zu den Petitionen zu sprechen. So interessant es wäre, sich mit Details zu beschäftigen, so müssen wir uns begnügen, nur das Nötigste aus den ganzen Verhandlungen herauszugreifen.

Auch unser Verband hatte im Einvernehmen mit den freigewählten Salinenarbeitern eine Petition eingereicht, die nach den Äußerungen der Abgeordneten sehr präzise und klar abgefaßt war, was den christlichen Zentrumsmann Dr. Frank veranlaßte, zu sagen, es wären doch Unrichtigkeiten enthalten. Nehmen wir also den in Frage stehenden Punkt gleich vorweg.

Wir hatten nämlich für die Handwerker — die ihr eigenes Werkzeug hatten — eine Entschädigung gefordert und in der Ver-

gründung darauf verwiesen, daß eben mit dem betriebsseitig gestellten mangelhaften Werkzeug nicht zu arbeiten sei, während die Salzluft die Werkzeuge stark angriffe und abnütze. Darob nun wurde Dr. Frank wild und erklärte, im vorbereitenden (Finanz-) Ausschusse, es wäre doch unerhört. Denn vor 4 Monaten sei in den Salinen das Werkzeug neu hergestellt und den Arbeitern abgelöst worden. Es werde überhaupt kein eigenes Stück Werkzeug mehr gebildet usw.

Damit glaubte uns der gute Mann eine Unrichtigkeit nachgewiesen zu haben, hat aber dabei weit daneben gehauen. Denn erstens: ist es nicht richtig, daß eigenes Werkzeug nicht verwendet wird; dazu sind die Arbeiter schon deshalb auch jetzt noch genötigt, weil betriebsseitig nur sehr wenig Werkzeug geschaffen wurde.

Zweitens: Haben die Verhandlungen im Finanzausschuß im April stattgefunden. Wäre nun wirklich 4 Monate vorher eine Regelung im Sinne Dr. Franks erfolgt, so wäre damit auch noch keine Unrichtigkeit erwiesen, denn unsere Petition wurde Ende September gedruckt und ist schon in den ersten Tagen des Oktober 1909 — sie trägt auch dieses Datum — dem Landtage und der Regierung zugegangen. Und drittens ist die nur teilweise erfolgte Regelung der Werkzeugfrage Ende 1909 eine direkte Folge eben gerade unserer eingegangenen Petition, um für die Landtagsverhandlungen einen Stein aus dem Weg zu räumen. Zu unserer Forderung der Einführung des Dreischichtenwechsels wurde regierungsseitig erklärt, daß bei der gegenwärtigen Betriebseinrichtung nicht daran gegangen werden könne. Das ist eben die Konsequenz solcher in der Entwicklung zurückgebliebener Betriebe, daß auch die Arbeiter darunter leiden müssen. Freilich ist die Ausrede nicht stichhaltig; denn wenn der Staat es versäumt hat, rechtzeitig Neuerungen zu schaffen, dann soll auch er — und nicht die Arbeiter — der Leidtragende dabei sein.

Bezüglich der Abschaffung des Akkordsystems konnte die Regierung wieder einmal auf die ablehnende Haltung der Arbeitersausschüsse verweisen, die da ganz in den Gedanken verrannt zu sein schienen, es könnten ohne Akkord ein paar Pfennige weniger verdient werden. Da war ihnen bei der Sitzung halt wieder das Herz in die Hosen gefallen. Ein großer Teil der Arbeiter hatte freilich unterschrieben gegen den Beschluß der Arbeitersausschüsse opponiert. Weiß doch kein Mensch die Abrechnung beim Akkord zu kontrollieren; abgesehen von den sonstigen Mängeln, die das Akkordwesen gerade in den Salinenbetrieben aufzuweisen hat. Aber, wie gesagt, die Regierung hielt sich an den Beschluß der Arbeitersausschüsse, der für sie ein „gemächtes Wiesel“ bedeutete. Wäre der Akkord nicht zugunsten des Betriebes, so wäre er längst abgeschafft.

Dinsichtlich der Wohnungsfrage war es wieder der Abg. Frank, der sich dahin äußerte, daß die Salinenarbeiter viel zu billig in den Werkwohnungen wohnen. Hier müßten Änderungen getroffen werden. Wenn also eine Feuerung der Wohnmieten eintritt, wissen die Salinenarbeiter, daß sie sich beim Zentrum, vor allem dem Referenten Dr. Frank, zu bedenken haben.

Auch die allwöchentliche Lohnzahlung soll nach den bürokratischen Verwaltungspraktiken der Generaldirektion nicht möglich sein. Es könne nur alle Monate abgerechnet werden. Dafür soll bei Bedarf alle Woche ein Vorschuß in Höhe des ungefähren Verdienstes bezahlt werden.

Die geforderte Lohnerrhöhung war ja früher schon abgelehnt worden, bei welcher Gelegenheit sich bekanntlich die christlichen Arbeiterführer im Landtage mit wahren Löwenmut gegen die Verbesserung der Arbeiter kämpften. Aber immerhin wurde auch die Lohnfrage einigermaßen erörtert. Und da stellte die Regierung die Behauptung auf, im Berg-, Hütten- und Salinenbetriebe wären im Vergleich zu 1907 im Jahre 1908 um M. 81,— und 1909 um M. 9,— mehr Lohn gezahlt, resp. aufgebessert worden. Wir haben nicht die Möglichkeit, nachzuprüfen, ob dies bei den Berg- und Hüttenwerken zutrifft. Bei den Salinenwerken ist eine solche Aufbesserung keineswegs erfolgt. 1908 wurden lediglich etwa 30 M. als Gratifikation nachgezahlt, und 1909 um 20 Pf. pro Tag aufgebessert. Wir wollen hier erwähnen, daß diese Aufbesserung bei Keller und Pfennig von den erhöhten Beiträgen zur Anwartschaftskasse verflungen wurde, so daß die Arbeiter nichts davon hatten.

Aber die Aufstellung der Regierung hat den Fehler, daß sie berechnet, wieviel auf den Kopf der Arbeiter im Jahre Lohnsumme trifft, dabei aber aus dem Auge läßt, daß ein großer Teil des Nebenlohnes lediglich auf die Dienstalterzulagen entfällt, die denn doch nicht als Aufbesserung im Sinne der Peti-

tionen bezeichnet werden können. Die herrschende Forderung und die geringen Löhne — es werden teilweise noch M. 240 pro Tag gezahlt — zwingen die Arbeiter zu noch angrenzterer Tätigkeit im Akkord und zu Überstunden. Sind doch in nicht wenigen Fällen bis zu 15 Arbeitsstunden geleistet worden. Möge doch die Regierung einmal den auf die einzelne Arbeitsstunde entfallenden Lohn — von der Arbeitsintensivität im Akkord ganz zu schweigen — feststellen, so wird sie des Rätsels Lösung bald gefunden haben.

Die gewünschten Verbesserungen der Ventilation sollen geschaffen werden. Die Rosenheimer Arbeiter sollen bei der event. zeitweiligen Verwendung auf dem Torfselde Raubling auch die Zuhälter vergütet bekommen. Ebenso wurde zugesagt, daß — im Sinne unserer Petition — die älteren Torfarbeiter bei Bedarf von Betriebsarbeitern bevorzugt werden sollen.

Die gleichfalls gewünschte Abschaffung des „Handwalzsystems“ in Rosenheim und dafür Einrichtung des elektrischen Betriebes auch für das Salzziehen soll nicht mehr nötig sein, weil alle diese Verrichtungen beim ungeänderten Betrieb in Wegfall kommen sollen.

Der Frage der Verbesserung des Urlaubs nach der von uns gewünschten Skala will die Regierung näbertreten.

Bemerkenswert ist auch noch, daß die Regierung beabsichtige, vom Reingewinn nach Abzug der Zinsen für das investierte Kapital und der zu zahlenden Pensionen 5 Prozent des Nettobetrages als Pensionen zur Verteilung zu bringen. Die Beamten sollten davon etwa 2/3, den Rest die Arbeiter mit mehr als 15-jähriger Dienstzeit erhalten. Der Landtag lehnte indessen die Vorlage ab. Er tat gut daran. Denn damit hätten etliche Leute etwas bekommen, was doch wieder der Allgemeinheit als „Verdienstsumme“ angerechnet worden wäre. Die Arbeiter brauchen keine solchen Experimente; da soll man ihnen gleich richtigen Lohn zahlen und ihre sonstigen Wünsche erfüllen. Dies das Ergebnis der Verhandlungen.

Es ist überhaupt ein Fehler, daß sich die Arbeiter allzusehr auf das Landesparlament allein verlassen. Ihre Aktionskraft beruht doch auch in der Organisation. Würden endlich all die Fernstehenden den Gedanken der Solidarität erfassen, so würde manches schneller und besser geregelt werden. Und es ginge auch ohne den Landtag, weil der Wille einer festgefühten, zielbewußten Masse auch der Regierung imponieren würde.

Bei dem Eintritt der Situation — siehe auch die Aussperrung im Baugewerbe, deren schließliches Ergebnis auch für die Staatsarbeiter nicht ohne Wirkung bleiben wird — muß die gesamte deutsche Arbeiterschaft solidarisch fühlen, denken und handeln.

Salinenarbeiter, Euer Platz ist im Verbund der Gemeinde- und Staatsarbeiter! Dort gilt es, mit vereinten Kräften für eine gesicherte Zukunft zu arbeiten!

Salinenarbeiter! Sammelt Euch!

J. Sebald.

Städtische Arbeiterfürsorge in Landau (Rheinpfalz).

Die städtische Arbeiterschaft hatte auf die Verhandlungen der Magistratsitzung vom 10. Juni große Hoffnungen gesetzt. Auf der Tagesordnung stand nämlich endlich nach vielen Wochen des Harems „Vohnregelung der städtischen Arbeiter“. Und das Endergebnis war — eine große Enttäuschung. Nicht nur, daß die Vohnerhöhung bei einem Teil der Arbeiterschaft ziemlich „man“ ausgefallen ist, nein, gewisse Sparten gingen vollständig leer aus. Die Arbeiter des städtischen Bauamts können einigermaßen zufrieden sein mit der großzügigen Zulage von 20 Pf. pro Tag, und lächelnd auf ihre Kollegen vom Gas- und Elektrizitätswerk herabsehen, die der hochwohlwollende Magistratsbeschluss leer ausgehen ließ; denn diese Leute haben tatsächlich keine Zulage erhalten, obwohl doch sicher die vom Kollegium der Gemeindebevollmächtigten gegebene Anregung diese Kategorie auch berücksichtigt wissen wollte. Herr Magistratsrat Reichold führte ganz richtig aus, daß mit Rücksicht auf die allgemeine eingetretene Vertüerung eine Vohnaufbesserung notwendig ist. Daß die teilweise erfolgte Aufbesserung von 20 Pf. in gar keinem Verhältnis zu dieser Vertüerung steht, vermag man gegenüber den Gas- und Elektrizitätsarbeitern. Eigentlich konnte der Magistratsbeschluss, nachdem man vorher schon sein blaues Wunder erlebt, die Arbeiter nicht mehr überraschen.

Zeit Jahren sind die Preise für Nahrung, Kleidung und sonstige Lebensbedürfnisse ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Mit dieser Vertüerung hielten aber die Löhne in diesem Werke nicht gleichen Schritt. Die städtischen Beamten haben eine Vertüerungszulage erhalten, nicht so die in Frage stehenden Arbeiter. Mäander

wird da vielleicht ungläubig lächeln, wenn er hört, daß seit vier Jahren nicht nur keine Lohnaufbesserung, sondern sogar eine Lohnverminderung eingetreten ist. Damals wurden die Lohnsätze auf die heute noch geltende Norm festgesetzt. Dabei war den Arbeitern noch die Möglichkeit gegeben, sich durch Auslesen von Schlacken aus den Mühlen einen Nebenverdienst zu erwerben. Ein Zentner Schlacken wurde mit 60 Pf. bezahlt. Die Arbeiter waren in der Lage, ungefähr 3 bis 4 Zentner und etwas mehr täglich zu sammeln, so daß sie ihren Tagelohn um 20 bis 30 Pf. verbessern konnten. Später dachte man, daß die Arbeiter dabei zu üppig werden könnten und man ermäßigte die Vergütung auf 40 Pf. pro Zentner. Seit dreiviertel Jahr wird nun zur Gasfabrikation eine bessere Qualität Kohlen — Rußkohlen — verwendet, so daß die Schlacken und damit auch gleichzeitig der Nebenverdienst wegfiel. Ein Erfas für den Ausfall trat aber nicht ein. Die Aufbesserung war damit illusorisch, und so kommt es, daß Arbeiter, die 6, 7, 8 und mehr Jahre im Werke sind, heute noch die gleichen Bezüge haben, wie vor vier Jahren. Dabei besteht eine zwölfstündige Schicht. Mit unbegriffen sind hier eine halbstündige Frühstückspause und eine einstündige Mittagspause. Eine Nachmittagspause gibt es nicht. Man nennt dies deswegen auch in Landau „soziale Arbeiterfürsorge“. Es wäre ja auch das erstemal, daß eine Gemeinde in der Pfalz auf sozialem Gebiete aus eigener Initiative vorbildlich vorangehen würde. Die wirkliche Arbeitszeit beträgt also 10 1/2 Stunden. Bezahlt werden jedoch nur 10 Stunden. Die Stadt bereichert sich dadurch in einer ungerechtfertigten Weise auf Kosten der Arbeiter.

Der Beschluss des Magistrats, die Invalidenversicherung auf Kosten der Stadtkasse zu übernehmen, hat für die Gas- und Elektrizitätsarbeiter keinen praktischen Wert. Denn diesen werden die Invalidenversicherungskosten seit einigen Jahren bezahlt.

Nach dem jetzigen System kann es vorkommen, daß ein Arbeiter — Tagelöhner —, der heute die Arbeit im Werk aufnimmt, den gleichen Lohn erhält, wie ein alter bewährter Mann. Außerdem denkt ihm vielleicht, wenn er Gnade findet, die Nebeneinnahme als Paternenzanzünder, während anderen nur die Wahl gelassen wird zwischen der Arbeit auf dem Werk oder dem Paternenzanzünder. Nach diesem System konnte es auch vorkommen, daß ein Arbeiter, der vor neun Jahren 320 M. Tagelohn erhielt, heute den „hohen“ Lohn von 340 M. erhält. Wenn vom Magistratsrat Reichold angeführt wird, daß die Gas- und Elektrizitätsarbeiter Löhne wie bei anderen Arbeitgebern beziehen, so muß doch in Betracht kommen, daß gerade die Gasarbeiter durch höhere Löhne bevorzugt werden sollen, indem sie in Ruß und Staub ihre Arbeit verrichten, während die Bauarbeiter in frischer Luft sind. Betrachten wir die Löhne, wie sie im Schweiß triefend ihre Arbeit verrichten.

Wenn die Arbeiter im Gas- und Elektrizitätswerk eine Alterszulage erhalten, so ist dies kein triftiger Grund, sie von der Lohnvermehrung auszuschließen. Bis ein Arbeiter die Alterszulage bekommt, muß er zunächst 6 Jahre im Werk beschäftigt sein, und dann wird nur die Hälfte ausbezahlt, während man die andere Hälfte verzinslich anlegt. Sie kann somit nicht zum Unterhalt der Familie verwendet werden. Es wurde ferner noch erwähnt, daß vier Rünftel der Arbeiter auswärts wohnen und nur ein Rünftel in der Stadt. Den auf dem Lande Wohnenden könne man keine Rücksicht ansehen! Das erscheint denn doch mehr wie zweifelhaft.

Wenn nun vom Magistratsrat Reichold angeführt wird, daß die Löhne in Landau den übrigen pfälzischen Städten sehr nahe stehen, so wollen wir die Löhne einiger pfälzischen Städte anführen. Es bezahlt zum Beispiel: Ludwigshafen für Handwerker 4-5,50 M., für Dienleute 4-5,50 M., Gasarbeiter 3,50-5 M., Frankenthal für Handwerker 4-4,20 M., für Dienleute 4,20-4,50 M., Gasarbeiter 3,40-3,70 M., Neustadt für Handwerker 4-4,50 M., für Dienleute 3,20-3,60 M., Gasarbeiter 2,80-3,60 M., Birmaszen für Handwerker 4,50-5,50 M., für Dienleute bei achtstündiger Arbeitszeit 3,60 M., Gasarbeiter 3,20-4 M., Speyer zahlt den Dienleuten 4,80 M., für Gasarbeiter 3,80 M., Kaiserslautern für Handwerker 3,80-5 M., für ungelernete Arbeiter 3-3,70 M., im Gaswerk, das Privateigentum ist, wird im Außenbetrieb 4-5 M., im Innenbetrieb 3,40-4,50 M. bezahlt. Landau dagegen bezahlt für Handwerker 3,80-4,60 M., für Dienleute 3,10 M., für Gasarbeiter 2,80-3 M. Man ersieht aus diesen Vergleichen zur Genüge, daß die Löhne der Gas- und Elektrizitätsarbeiter in Landau einer Aufbesserung dringend bedürfen.

Es gibt ja manche Einrichtung für die Arbeiter der Leistung sehr dankbar sind; aber noch viel, recht viel muß da verbessert werden. Gerade Gemeindeverwaltungen sollen doch den Privatunternehmern vorbildlich sein.

Die in Betracht kommenden Arbeiter hegen daher die Hoffnung, daß sich das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten ihrer

Sache annimmt, zumal da ja der Anregung des Kollegiums nicht Rechnung getragen wurde.

Den städtischen Arbeitern Landaus möchten wir aber dringend ans Herz legen, treu zu ihrer Organisation zu halten, und nicht eher zu ruhen, bis wir den letzten Mann unserm Verband zugeführt haben. Denn nur dadurch können wir auf sozialem Gebiete erreichen, was wir erreichen wollen

A. S.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1909.

II.

2. Die Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise.

Die Tatsache, daß vom Mai 1909 ab die Zahl der Beschäftigten sich wieder steigerte, mußte auch in der Bewegung der Nachfrage am Arbeitsmarkt zum Ausdruck kommen. Und in der Tat sehen wir, daß vom April ab die Nachfrage wieder stärker einsetzt und über den Vorjahrsstand hinausgeht. Der Einstellung der Arbeitskräfte geht die Nachfrage voraus, so daß die stärkere Nachfrage im April prompt in der Zunahme der Beschäftigten im Mai sich ausdrückt. In den ersten drei Monaten blieb die Nachfrage noch schwächer als 1908. Durch die Besserung während der folgenden Monate ergibt sich aber für das Gesamtjahr eine recht ansehnliche Zunahme der Nachfrage. An den Arbeitsnachweisen, die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, stellte sich nämlich im ganzen Jahre 1909 die Zahl der offenen Stellen auf 2.207.000 gegen nur 1.935.000 im Jahre 1908 und gegen 2.320.000 im Jahre 1907. Die Ziffer des Jahres 1907 wurde also noch nicht erreicht, wohl aber die des Jahres 1908 um zirka 10,6 Proz. wieder übertrifft. Die Zunahmen waren namentlich in den letzten Monaten des Jahres 1909 erheblich und überstiegen hier dann auch schon wieder die Ziffern des Jahres 1907.

3. Die Arbeitslosigkeit in den gewerkschaftlichen Fachverbänden.

So wichtig die gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen auch sind, so muß man sich doch immer gegenwärtig halten, daß durch sie nur die Arbeitslosigkeit der Organisationen angehörender Arbeiter ermittelt werden kann. Der Kreis der nichtorganisierten Arbeiterschaft wird nicht berücksichtigt. Man wird also zu fragen haben, ob die Gesamtarbeitslosigkeit größer ist als die in Organisationen beobachtete Arbeitslosigkeit. Man wird diese Frage im allgemeinen behaupten können, man wird es aber im besonderen für das Jahr 1909 behaupten müssen, wo ja die Arbeitslosigkeit in der Hauptsache dadurch entstanden war, daß das Neuangebot aus den Jahren 1908 und 1909 nicht in Beschäftigung gebracht werden konnte. Das Neuangebot ist aber im allgemeinen noch nicht organisiert. Wenn nun auch durch das Neuangebot ein Teil der vorher beschäftigten Arbeiter aus ihren Stellungen verdrängt worden ist, so blieb doch

in der Hauptsache das Gros des Neuangebotes von den Folgen des Arbeitsmangels am stärksten heimgesucht. Der Grad dieser Arbeitslosigkeit wird aber durch die Arbeitslosenzählungen der Fachverbände nicht erfasst. Nichtsdestoweniger ist es schon wertvoll genug, den Grad der Arbeitslosigkeit unter einem großen Teil der organisierten Arbeiterschaft kennen zu lernen. Die sich im Laufe des Jahres 1909 ergebenden Veränderungen spiegeln immerhin auch für den Umfang der gesamten Arbeitslosigkeit die großen Bewegungen im Ultrisse wider.

Für die Jahre 1908 und 1909 sind die Gesamtergebnisse der Zählungen der Fachverbände nachstehend zusammengefaßt. Es betrug am Ende der einzelnen Monate die Zahl der in die Zählungen einbezogenen organisierten Arbeiter und die Zahl der Arbeitslosen in absoluten Ziffern:

Ende des Monats	Anzahl der in die Zählung Einbezogenen		Dabon waren arbeitslos	
	1908	1909	1908	1909
Januar	1.297.953	1.302.706	38.058	54.011
Februar	1.297.953	1.302.706	35.319	52.912
März	1.297.953	1.302.706	31.733	44.433
April	1.269.340	1.321.109	34.871	37.350
Mai	1.269.340	1.321.109	34.883	36.131
Juni	1.269.340	1.321.109	36.084	36.029
Juli	1.272.549	1.387.019	34.624	34.191
August	1.272.549	1.387.019	34.355	31.463
September	1.272.549	1.387.019	34.046	28.179
Oktober	1.281.715	1.387.141	36.295	27.221
November	1.281.715	1.387.141	40.565	27.773
Dezember	1.281.715	1.387.141	55.758	35.881

Unsere Organisation war hierbei im Dezember 1909 mit 32.447 Mitgliedern und 713 Arbeitslosen beteiligt.

Von je 100 in die Zählung einbezogenen Arbeitern waren demnach arbeitslos:

Ende des Monats	1908			1909		
	1908	1909	1909 mehr od. weniger	1908	1909	1909 mehr od. weniger
Januar	2,9	4,2	+ 1,3	2,7	2,5	- 0,2
Februar	2,7	4,1	+ 1,4	2,7	2,3	- 0,4
März	2,5	3,5	+ 1,0	2,7	2,1	- 0,6
April	2,6	2,9	+ 0,1	2,9	2,0	- 0,9
Mai	2,8	2,8	-	3,2	2,0	- 1,2
Juni	2,9	2,8	- 0,1	4,4	2,6	- 1,8

Bei unserer Organisation ergaben sich im Dezember 1909 auf 100 in die Zählung einbezogene Arbeiter 2,2 Fälle von Arbeitslosigkeit.

An der Spannungsziffer gegen 1908 ersieht man, daß bis April die Arbeitslosigkeit 1909 noch höher war als im Vorjahre. Der Monat April brachte die erste starke Steigerung der Nachfrage. Der Mai brachte die vermehrten Neueinstellungen — immer im Vergleich zum Vorjahr, und der Mai zeigt uns auch den Rückgang der Arbeitslosigkeit zunächst nur auf den Stand vom Jahre 1908. Nun setzt aber die Abnahme ein und ihr Grad steigt von Monat zu Monat. Im Juni ist die Arbeitslosigkeit erst um

Ferdinand Freiligrath.

Am 17. Juni 1810 wurde zu Detmold der Volksdichter und Revolutionsfänger Freiligrath geboren. Jetzt zum 100-jährigen Geburtstag geehrt es sich ganz besonders für die deutsche Arbeiterschaft, des großen Mannes zu gedenken, der im Deutschland der Reaktionsjahre keine Stätte hatte und nach England fliehen mußte. Der mutige Freiheitsdichter starb am 18. März 1876 in Cannstatt. Wir lassen eines seiner wichtigsten Lieder folgen, das heute noch die Massen des Proletariats in hohem Maße zu begeistern vermag.

Die Revolution.

Und ob ihr sie, ein edel Wild,
mit euren Hentersnechten singt;
Und ob ihr unterm Festungswall
Standrechten die Gesänge singt;
Und ob sie längst der Hügel deckt,
auf dessen Grün ums Morgenrot
Die junge Bäurin Kränze legt —
doch sag' ich euch: Sie ist nicht tot!
Und ob ihr von der hohen Silen
das wehende Lodenhaar ihr schort;
Und ob ihr zu Genossen ihr
den Mörder und den Dieb erfort;
Und ob sie Justhauskleider trägt,
im Schoß den Napf voll Erbseubrel;
Und ob sie Berg und Wolke spinnt —
doch sag' ich fühl euch: Sie ist freil!

Und ob ihr ins Exil sie jagt,
von Lande sie zu Lande heßt;
Und ob sie fremde Herde sucht
und stamm sich in die Äsche heßt;
Und ob sie wunde Sohlen taucht
in ferner Wasserströme Lauf —
Doch ihr harse nimmermehr
an Babels Weiden hängt sie auf!

O nein — sie stellt sie vor sich hin;
sie schlägt sie trotzig, euch zum Trost!
Sie spottet lachend des Exils,
wie sie gespottet des Schaffotts!
Sie singt ein Lied, daß ihr entseht
von euren Sesseln euch erhebt:
Dah euch das Herz — das selge Herz,
das falsche Herz! — im Leibe hebt!

Kein Klage lied! kein Irden lied!
kein Lied um jeden, der schon fiel;
Noch minder gar ein Lied des Hobas
auf das verwoh'ne Zwischenspiel,
Die Bettleroper, die zurzeit
Ihr plump noch zu agieren wißt,
Die mollig euer Hermelin,
Wie saul auch euer Purpur ist!

O nein, was sie den Wassern singt,
ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach,
Ist Siegeslied, Triumphfestlied,
Lied von der Zukunft großem Tag!
Der Zukunft, die nicht fern mehr ist!
Sie spricht mit dreifem Prophezeien,
So gut wie weiland euer Gott:
Ich war, ich bin — ich werde sein!

Ich werde sein, und wiederum
voraus den Völkern werd' ich gehn!
Auf eurem Naden, eurem Haupt,
auf euren Kronen werd' ich stehn!
Befreierin und Rächerin
und Rächerin, das Schwert entblüht,
Ausreden den gewaltigen Arm
werd' ich, daß er die Welt erschüt!

Ihr seht mich in den Kertern bloß,
Ihr seht mich in der Grube war,
Ihr seht mich nur als Irrende
auf des Exils dorn'ger Flur —
Ihr Blöden, wohn' ich denn nicht auch,
wo eure Nacht ein Ende hat:
Bleibt mir nicht hinter jeder Stürn,
in jedem Herzen eine Stalt?

In jedem Haupt, das trotzig denkt?
das hoch und ungebragt sich trägt?
Ist mein Ufsl nicht jede Druck,
die menschlich fühlt und menschlich schlägt?
Nicht jede Wertstalt, drin es pocht?
nicht jede Hütte, drin es achzt —
Bin ich der Menschheit Odem nicht,
die rastlos nach Befreiung lechzt?

Drum werd' ich sein, und wiederum
voraus den Völkern werd' ich gehn!
Auf eurem Naden, eurem Haupt,
auf euren Kronen werd' ich stehn!
's ist der Geschichte eh'nes Muß!
Es ist kein Rühmen, ist kein Droh'n —
Der Tag wird heil' — wie weiland du kühl,
O Weidenlaub von Babeln!

0,1 Proz. geringer, im Dezember aber schon um 1,8, so daß die Arbeitslosenziffer am Schluß des Jahres auf 2,6 Proz. steht gegen 4,1 Ende 1908 und 2,6 Ende 1907. Gerade der Vergleich mit 1907 führt dazu, aus der Arbeitslosenziffer, die nur für die organisierten Arbeiter gilt, keine zu weitgehenden Schlüsse zu ziehen. Denn alle Beobachtungen lassen den fast sicheren Schluß zu, daß die allgemeine Arbeitslosigkeit Ende 1909 noch größer gewesen sein muß als 1907. Allerdings kann auf der anderen Seite als eine erfreuliche Erscheinung konstatiert werden, daß die Beschäftigung der Winter 1909/10 werde noch eine höhere Arbeitslosigkeit als das Jahr 1908 bringen, sich nicht verwickelt hat. Daran ist vor allem die milde Winterwitterung schuld gewesen, die die Arbeiten im Baugewerbe sich zum Teil unterbrochen hat, so daß namentlich im Baugewerbe sich zum Teil eine rege Tätigkeit entwickeln konnte. Infolgedessen ging die Arbeitslosigkeit stark unter das Dezemberniveau 1908 zurück, wenn sie auch noch nicht so niedrig war wie im Dezember 1907. Von dem allgemeinen Bild, das sich für den gesamten deutschen Arbeitsmarkt ergibt, weicht der Verlauf des Arbeitsmarktes in den einzelnen Gewerben und Gegenden mehr oder weniger stark ab. Alles in allem kann konstatiert werden, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt, besonders seit dem September 1909, wieder eine Wendung zum Besseren gebracht hat, und wir wieder einer aufsteigenden Konjunktur entgegengehen.

Notizen für Gasarbeiter

Ein Gasdirektor, wie er nicht sein soll. Der Tilsiter Gasdirektor erbringt so recht den Beweis, daß Reaktionen kein Mittel zu schlecht ist, wenn es gilt, organisierten Arbeitern eins auszuweisen. Eine ganze Zeit lang wüteten diese Herrschaften überhaupt nicht, daß ein Teil der städtischen Arbeiter Tilzits dem Gemeindearbeiterverband angehört. Organisierte wie unorganisierte vertrugen sich außerordentlich gut. Die Sache wurde aber anders, als der Gasdirektor es erfahren hatte. Sofort ließ er sich die Vorstandsmitglieder kommen und erklärte ihnen, sie sollten aus dem Verbands austreten, sonst würden sie entlassen. Die Arbeiter blieben aber fest und der Gasdirektor traute sich vorderhand nicht, seine Drohung wahr zu machen. Seinem Daß gegen organisierte Arbeiter mußte er aber Ausdruck geben und so bagelte es aus seinem Munde Drohungen, wie: „Ich schmeiße Sie alle raus, die im Verbands sind“ usw. Die Folgen konnten für den Betrieb allerdings keine guten sein. Sympathie und Antipathie haben alle Menschen zu einander. Der Gasdirektor scheint auch hierauf spezialisiert zu haben. Nachdem die unorganisierten Arbeiter, die sich vorher mit den organisierten sehr gut vertrugen hatten, erst einmal merkten, der Gasdirektor wünsche die Schälranierung der organisierten Arbeiter, so fanden sich auch sofort Leute, die, um sich Nichts zu machen, dem Gasdirektor gefällig waren. Das unglaubliche Zeug wurde jetzt dem Gasdirektor über die Organisierten zugezogen. Eine Untersuchung über die Verhältnisse stellte der Gasdirektor nicht an, ein unorganisierte hatte es ihm erzählt und somit war es für ihn die lauterste Wahrheit. Der Herr fürchte vielleicht auch selbst, daß Untersuchungen über die Matiereien manches Unangenehme zutage fördern könnten. Von uns wurden die Organisierten stets ermahnt, Ruhe zu bewahren und sich vor allem nicht provozieren zu lassen und die Sache ging auch. Weiter krüger versuchte zuerst ja auch, es seinem Direktor nachzumachen, stellte aber die unterscheidliche Behandlung organisierter zu unorganisierten Arbeitern bald ein, wohl weil er sah, daß darunter der Betrieb leide. Vor einigen Monaten wurde aber ein neuer Gasmeister eingestellt, dem schon in der „Königsberger Volksztg.“ nachgewiesen worden ist, daß er den Mantel nach dem Winde hängt. Dieser hatte die Wünsche des Gasdirektors bald heraus. Nun ging ein lustiges Pöken los. Da aber durch zweijährige Verbandsstätigkeit die Organisierten gelernt hatten, in Pflichtbewußtsein wie Venehmen sich nichts zuschulden kommen zu lassen, so war Herr Kalweit und seinen Delieren das Konzept verborben. Aber Leute, die sich nun einmal unentbehrlich machen wollen, wissen sich zu helfen. Wenn man keine Wahrheit zum Pöken hat, greift man zur Unwahrheit, der Herr Gasdirektor dankt einem auch so. Eine bekanntgewordene noch rechtzeitig erstellte Feuerschiff veranlaßte Herrn Oberbürgermeister Pöbel, die Arbeiter am 9. Juni antreten zu lassen und ihnen seine Meinung zu sagen. Gegen seine Worte haben wir nichts einzuwenden, sie waren sogar notwendig. Gegen die Organisierten hat er nichts einzuwenden. Das paßt aber dem Gasdirektor nicht in seine reaktionäre Gesinnung. Die Beherei und der ständige Versuchung der Arbeiter sind jetzt ein recht an. Der Wille seines höchsten Vorgesetzten scheint ihn nichts anzugehen. Nun ein Spezialfall. Meiner Mahnung, der von einem zum anderen geht, um die Arbeiter aufzuklären, ländigt einem lang-jährig im Gaswerk tätigen Arbeiter sein Arbeitsverhältnis. Er soll im Betriebe antreten haben. Da die Behauptung für den Arbeiter ein Schwindel ist, so geht er zum Direktor und dieser erklärt ihm, er solle gesagt haben, wenn die Arbeiter der Selbststoff freieren, dann müssen es die Gasarbeiter auch tun. Kollege Stielis hat aber gar nicht daran gedacht, eine solche Neuerung

zu machen. Als Vorstandsmitglied der Filiale ist er genau unterrichtet von unserem künftigen Handeln und konnte deshalb auch keine derartige Behauptung tun! Stielis wies diese Behauptung als Unwahrheit zurück und verlangte den Namen des Befähigten zu wissen, um vor Gericht die Unwahrheit der Behauptung darzutun. Doch will das gerade der Gasdirektor nicht, denn dann bringt ihm ja niemand mehr die so beliebten Behereien. Es soll also nach dem Direktor bei der Entlassung bleiben. Der Herr scheint gar kein Gefühl dafür zu haben, daß es für ihn recht wenig spricht, wenn er sich mit einer Lüge identifiziert. In der Sache ist natürlich das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß behende und ungeklagte Arbeiter zuerst zu Protokoll vernommen werden. Von der Stadtverwaltung erwarten wir, daß sie dem Gasdirektor aufzählt, daß er sich nicht Lügen zusagen läßt um mit Hilfe derselben an organisierten Arbeitern Rache zu nehmen.

Aus unserer Bewegung

Coswig i. Anh. Die Arbeit niedergelegt bezw. gar nicht aufgenommen hatten die hiesigen städtischen Arbeiter, bis auf den Arbeiter Chemnitz. Die Ursache hierzu gaben beleidigende Äußerungen des Stadtrats Herzog, dem sie unterstellt sind. Den Arbeitern war am Tage zuvor gesagt worden, daß sie in der Luisenstraße arbeiten sollten. Sie begaben sich deshalb ein paar Minuten vor 6 Uhr morgens nach den Geräteschuppen am Spielweg, um dort ihr Werkzeug zu holen. Als sie an der Arbeitsstelle einige Minuten nach 6 Uhr ankamen, erwartete sie schon der Stadtrat und nannte sie Faulenzer, Menschen ohne Ehrgefühl usw. und verlangte, daß sie um 6 Uhr an der Arbeitsstelle sein sollten. Es sollen sich schon mehrfach derartige Szenen abgespielt haben. Diesmal muß es den Arbeitern, die fast alle Militärvereinskamen, raden des Herrn Stadtrats sind, doch über die Hinführung gegangen sein, denn sie weigerten sich, anzufangen. Nach dem Frühstück haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen und wollen sich nun, wie versprochen, an den Gemeinderat mit einer Beschwerde wenden. Dem Vorarbeiter soll, wie von Zeugen des Vorganges mitgeteilt wird, der Stadtrat gesagt haben, daß er die Arbeiter erst zum Foulenzen anbielte. Am Abend nach Arbeitsluß wurden sie entlassen. — Diese Notiz finden wir im „Volksblatt für Anhalt“. Sie beweist wieder einmal, wie hilflos der Arbeiter trotz modernen Gewerkschaft angefallen hat.

Tarmstadt. Am 4. Juni fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Beckmann-Rannheim referierte über den außerordentlichen Gewerkschaftskongress und den Reichsversicherungsentwurf. Neben führte in treffenden Ausführungen den Zuhörern die gewaltigen Nachteile vor Augen, die für die Arbeiter eintreten, falls der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt Gesetz wird. Besonders hob er hervor, daß die Tatsache, daß gerade die Großindustriellen, im Gegensatz zu den Klein- und Mittelgewerbetreibenden, sich so gewaltig für die Halbierung der Beiträge ins Zeug legen, die Arbeiter stübig machen müsse. Hier doch der Gedanke sehr nahe, daß diese Arbeiterfreunde den einschneidenden Einfluß, der ihnen nach dem Entwurf auf die Verhältnisse eingeräumt werden soll, dazu benutzen, um die Beiträge und folglich auch die Leistungen der Klasse auf ein Minimum herabzudrücken. Scharf geistelte der Referent die Absicht des Gesetzgebers, bei der Unfallversicherung die Mitwirkung der Arbeiter noch mehr auszuschalten als bisher. — Die Mitglieder konnten an dieser Versammlung die Ehre ziehen, daß es eine Ehrenpflicht für sie ist, ihre Mitarbeiter zum Eintritt in den Verband aufzufordern. Nur in ihm, mit den Klassenverbänden vereint, ist es möglich, gegen die fortschreitende Entrechtung der Arbeiterklasse wirksam Stellung zu nehmen. Denn wie der Referent betonte, haben die christlichen und kirchlichen, runderfahrenen Gewerkschaften der Einladung zu dem Kongress keine Folge geleistet, mit der Einschuldigung, daß sie gegenüber der Gesellschaft für soziale Reformen verpflichtet seien, und haben damit ihren wahren Charakter entbehrt. Die Welt in hiesiger Stadt stehen diesen Aufgaben völlig fremd gegenüber, ihre ganze Tätigkeit beschränkt sich auf ein paar in tiefer Verborgenheit abgehaltenen Vorstandssitzungen. Sonst wagen sich diese Sorte Arbeitervertreter nicht an die Öffentlichkeit, es sei denn mit irgendeinem Vergnügen.

Frankfurt. Am 27. Mai bielten die Gasarbeiter eine Versammlung ab, zu welcher auch die städtischen Arbeiter durch Handzettel eingeladen waren. Von letzteren hielt es aber niemand der Würde wert, zu erscheinen. Statt dessen brachte der „Allgemeine Arbeiter“ nachstehendes Exposé: „Der gute Schiller, Wilhelm, hat die christlichen und kirchlichen, runderfahrenen Gewerkschaften voransetzen, die sie für ihre Organisationen empfangen wollen, beweist folgende Aufschrift, die wir aus Arbeiterkreisen erhalten: Mit geradezu unglaublich neuen Mitteln wird in Frankfurt gegenwärtig von den „Genossen“ versucht, die städtischen Arbeiter ins sozialdemokratische Lager zu locken. Durch Handzettel wurde zu einer Versammlung eingeladen, die unmittelbar nach Schluß der

Arbeit stattfand und zur Tagesordnung folgende Gegenstände hatte: 1. Vortrag des Herrn *** aus Leipzig über Friedrich Schiller, sein Leben und Wirken; 2. der Kampf in Baugewerbe; 3. Gewerkschaftliches. Jedenfalls wird der dritte Punkt der wichtigste gewesen sein, denn die Hörer werden nach Arbeitschluss mit hungerigem Magen nicht viel Verständnis für Schiller gehabt haben. Die Schillerbewunderer der Herren Genossen wird einigermaßen vernünftig, wenn man bedenkt, daß demnächst die Gasanlagen in städtische Regie übergeben. Hoffentlich setzt der Verein städtischer Arbeiter den sozialdemokratischen Hoffnungen auf einen recht großen Erfolg dieser „Schiller-Feier“ einen kleinen Dämpfer auf. Auch die Konsumenten von Licht und Kraft haben ein lebhaftes Interesse daran, nicht von der Willkür sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer abhängig zu sein. — Die ewige Angst vor der roten Gefahr hat also einem Dintenkull dieses Unternehmerblattes die Feder in die Hand gedrückt, um diesen Gelbmatthias zu verpacken: Die Gasanlagen werden bald in städtischen Besitz übergeben, und da sieht er schon die „schreckliche Gefahr“, daß die bisher immer so zufriedenen Arbeiter der städtischen Betriebe, von der „Unzufriedenheit“ der Gasarbeiter angeeckt, sich auch organisieren und — gräßlich — Forderungen stellen werden. Doch ist ja noch Hoffnung: Der „Verein städtischer Arbeiter“ wird den sozialdemokratischen Bestrebungen einen Dämpfer aufsetzen. Wir werden jedoch diesen Dämpfer nicht allzusehr, dazu ist dieses Verlangen zu laß und kraftlos. Dessen geistiges Leben besteht nur darin, über die neue Fährte und Einladungen an Vorgesetzte zum Besuch irgend eines Festes zu debattieren. Ein solches Gebilde kann nicht ernst genommen werden. Darin dürfte aber der Schreibherr des „Allgemeinen Anzeigers“ recht haben, daß manche dieser Leute nicht fähig sind, einen Vortrag über Schiller zu hören. Der Appell, der an die Konsumenten von Licht und Kraft gerichtet wird, ist so albern, daß es wirklich nicht lohnt, näher darauf einzugehen. Unsere Kollegen werden aber, ganz unbeirrt von solchem Geschreibsel, ihre Aufklärungsarbeit fortsetzen und auch den Mitglieðern des städtischen Arbeitervereins noch klar zu machen wissen, daß es nur eine Organisation geben kann, die wirklich ihre Interessen vertritt: der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Halle a. S. Am 11. Juni fand in der „Goldenen Kette“ eine Mitgliederversammlung statt, in welcher u. a. Kollege Lorenz Bericht von der Sitzung mit den Steinseghilfsarbeitern erstattete. Diese beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten, weshalb deren Hauptidee die Hilfsvorstände der Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Gemeindegewerkschafter und Transportarbeiter zu einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Steinseghilfsarbeitern eingeladen hatte. Die von ihnen aufgemachte Statistik hat ergeben, daß im Steinseghilfsberuf am Orte 49 Mitglieder des Transportarbeiter, 26 des Fabrikarbeiter, 9 des Bauarbeiter, 6 des Gemeindegewerkschafter, 3 des Metallarbeiterverbandes, 3 des katholischen Vereins, 1 des Gasarbeiter-, 1 des Schmiedes-, 1 des Bergarbeiterverbandes und 1 des polnischen Vereins neben 20 Steinseghilfsarbeitern beschäftigt sind, die ihrer Berufsorganisation angehören. Man nun in die Lohnbewegung einzutreten zu können, würden die beteiligten Verbände erlaubt, die dort beschäftigten Mitglieder dem Steinseghilfsverbande zu überweisen. — Hierüber entspann sich eine längere Diskussion. Hierauf gab der Vorsitzende der Versammlung bekannt, daß das Mitglied Weber auf Bauten arbeitet, wo die Bauarbeiter ausgesperrt sind. Mehrmaligen Aufforderungen, dort die Arbeit niederzuliegen, kam er nicht nach. Auf Grund dessen wurde er aus dem Verbands ausgeschlossen. — Zwei von Kollegen gestellten Unterstützungsanträgen gab die Versammlung ihre Zustimmung. Des ferneren wurde darüber gefaßt, daß die bewilligten Lohnhöhungen nach Günstig werden würden und die über 60 Jahre alten Arbeiter dabei leer ausgingen, obwohl von ihnen die gleiche Leistung als von jüngeren Arbeitern verlangt würde. Der Hilfsvorstand wurde beauftragt, diese Klagen näher zu untersuchen. Zum Schluß wurde noch der Kartellbericht entgegengenommen und beschlossen, Kontrollkarten einzuführen.

Regensburg. Gemeindevollmächtigter Genosse Hans Cailer schreibt uns: Vollständig haltlose Anschuldigungen sollen es sein, die gegen einen feigen, lüchtligen und nüchternen Mann, nämlich gegen den Gasmeister beim städtischen Gaswerk, von einigen aus der „adellosen“ Anstalt ausgetretenen Arbeitern gemacht wurden. Das wurde seitens der vorgesetzten Behörde ergründet durch Erhebungen und Befragen beim Versahuldigten — und beim Herrn Gasinspektor. Was ist nun wahr? Daß der Gasmeister angeregt: er wäre sonst ganz gern in Schwäbisch-Gmünd gewesen, wenn die dortigen Arbeiter keine so rote Bande wären. Daß der Gasmeister trotz seiner Abneigung gegen Proletariatschweik ohne Zutun der „roten Bande“ in Schwäbisch-Gmünd entlassen werden mußte. Daß der Gasmeister mit einem Sack zu den hiesigen Gießereien sprang und Messingstücke verkaufte. Diese Messingstücke sind nicht von der hiesigen Gasfabrik, und das wird wohl auch niemand gesagt haben. — Daß aber ein Arbeiter auf der Stelle entlassen wurde, weil er sich ein altes Leitungrohr angeeignet und für eine Mark verkaufte. Das soll nun nicht wahr sein. Daß der Gasmeister ein Schreiben den Arbeitern zum Unterzeichnen vorlegte, in welchem gesagt ist, daß jeder, der außer der Zeit Bier holt, mit einer Mark bestraft wird, das soll ebenfalls

nicht wahr sein. Nach dem braucht nun nicht mehr gestritten werden, daß der Gasmeister einen Kauf hat, als er den Bierwebers zum unterschreiben vorlegt. Daß der Gasmeister sich von Arbeitern Bier holen ließ und das ausgelegte Geld nicht mehr zurückerstattete, ist nicht wahr. Wahr ist, daß er sich ein einziges mal Bier holen und das Geld auslegen ließ, das er gleich zurückerstattet hat. Infolgedessen kann kein Arbeiter für Bierholen vom Gasmeister noch Forderungen haben. Daß einem Arbeiter an seinem Zahlung 2 Mk. fehlten, wird nicht bestritten. Bestritten wird aber, daß der Gasmeister nach mehrmaliger Aufforderung (wegen der 2 Mark) vom Fabrikarbeiter leihweise fünf Mark nahm und dem dem Arbeiter die 2 Mark zu wenig erhaltenen Lohn auszahlte. Daß der Gasmeister — wie er sich ausdrückte — in der Fabrik einen „neuen Boden“ legt und Italiener einstellt, und daß der Arbeiter, dem es nicht passe, gehen kann, das braucht nicht widerlegt zu werden. Daß ein Arbeiter verdächtigt, als Urheber eines Artikels in der „Schwäbischen Volkszeitung“, gemahngestellt wurde, das kümmert die Aufsichtsbehörde nicht. Vielmehr stellt man an zuständiger Stelle ein der Wahrheit nicht entsprechendes Arbeitszeugnis aus mit der dreifachen Bemerkung „Aus der Arbeit entlassen wegen Mangel an Arbeit“, trotzdem in gleicher Stunde für den Gemahngestellten ein anderer den Platz ausfüllen muß. Dem, der nicht denkt, wird freilich nichts auffallen.

Stetten. Die Löhne der städtischen Arbeiter sollen durchweg um 2 Pf. pro Stunde erhöht werden. Wir haben wiederholt auf die niedrigen Löhne hingewiesen, die den städtischen Arbeitern gezahlt werden. Nachstehend die Löhne von 98 städtischen Arbeitern: 2: 20 Mk. und 11: 18 Mk. pro Woche, 19 einen Tagelohn von 2,50 Mark, einer einen Stundenlohn von 33 Pf., 25: 28 Pf., 10: 25 Pf., 3: 23 Pf., 1: 22½ Pf., 7: 20 Pf., 2: 18 Pf., 7: 15 Pf., 3: 12 Pf., 10: 10 Pf., und 3: 8 Pf. pro Stunde. Die letzteren drei Gruppen mit 12, 10 und 8 Pf. Stundenlohn sind wohl sämtlich Invaliden resp. Altersrentenempfänger, vielleicht auch noch zum Teil die mit 15 Pf. Stundenlohn. Die Arbeiter hingegen, die mit 22½ Pf. Stundenlohn und mehr angeführt sind, könnten wohl als Vollarbeiter angeprochen werden. Die Löhne, die vollkräftigen Arbeiter erhalten, müssen als völlig unzureichende bezeichnet werden. Wenn man jetzt durchweg eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde gewähren will, so ist diese Zulage viel zu gering. Es kommt bei den 72 Arbeitern, die im Stundenlohn arbeiten, auch noch in Betracht, daß sie im Winter und bei eintretender ungünstiger Witterung kürzere Arbeitszeit haben. Wenn alle Arbeiter das ganze Jahr hindurch voll 60 Stunden jede Woche oder 300 Tage beschäftigt sind, so betrüge für jeden Arbeiter die Lohnsteigerung im Jahre rund 60 Mk. Für 100 Arbeiter würde das den Haushaltsetat um 6000 Mk. mehr belasten. Die Gehaltsreform der 67 städtischen Beamten hingegen belastet den Haushaltsetat um 13000 Mk., ohne die Gehaltssteigerung für den Oberbürgermeister und den Stadtrat Pietzaker, die auch noch zusammen 1200 Mk. erfordert. Auf den Kopf des einzelnen städtischen Beamten kommt also eine Zulage von 200 Mk. Eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde genügt nicht. Auch die Frage eines Anbelohnes an ständige städtische Arbeiter, die nach längerer Arbeit im Dienste der Stadt invalid werden, etwa in Form eines Zuschlages von 50 Proz. oder mehr zu ihrer Invalidenrente, muß erwogen werden.

Regensburg. Die Arbeiter-Ausschüsse haben erneut eine ausführliche Eingabe nebst Lohnstarif bei der Stadtverwaltung eingereicht. Es wird gefordert: 1. Sämtliche als vollkräftig eingestufte städtischen Arbeiter werden mit Wochenlöhnen nach dem in der Anlage beigelegten Lohnstarif entlohnt. 2. Ueberstunden bis 9 Uhr abends werden mit 33½ Proz. Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten mit 50 Proz. Zuschlag des jeweiligen Lohnes bezahlt. Als Ueberstunden-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten gelten alle diejenigen, welche außerhalb der für die Wochentage festgelegten Arbeitszeit verrichtet werden müssen. 3. Arbeiter, die ein volles Jahr in städtischen Betrieben beschäftigt sind, erhalten bei Erkrankungen seitens der Stadt den Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld ausbezahlt. 4. Die Paternenwärter erhalten alle vier Wochen einen freien Sonntag ohne Lohnabzug. — In der Begründung wird insbesondere auf die erheblichen Preissteigerungen hingewiesen. Ferner wird unter Anfügung einer Vergleichstabelle nachgewiesen, wie notwendig und segensreich Krankengeldzuschüsse wären. Es darf wohl erwartet werden, daß die Stadtverordnetenversammlung eine gründliche Prüfung der Eingabe vornimmt. Andererseits ist es Pflicht aller städtischen Arbeiter, durch Beitritt zur Organisation für die nachhaltige Wirkung unserer Forderungen zu sorgen.

Regensburg. Durch ungenügende Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter im Jahre 1900 hat sich unter den Arbeitern der städtischen Betriebe, eine Unzufriedenheit bemerkbar gemacht, welche nur durch eine Lohnzulage ausgeglichen werden kann. Die seitherzeit verprochene Regelung hat für die Arbeiter in der Gasanstalt sowie im Wasser- und Elektrizitätswerk nicht das gebracht, was zur Erhaltung bei der anstrengenden Arbeit für ihre Gesundheit notwendig ist. Wären diese Leute nicht im schönsten Mannesalter und besten Kräften, so würden sie sich zweifellos die Folgen durch Krankheit usw. bald zeigen. Der Wunsch nach Verrückung bezw. Erhöhung der Löhne ist daher vollaus berechtiget. Beträchtet

Grundrente oder des Arbeitslohnes gesiebert werden. Wo beides unmöglich ist, sucht der Unternehmer die Produktivität der Arbeit zu steigern, um den relativen Mehrwert zu erhöhen. Zum Teil wird dies auch durch die Vertrustung vollbracht. Einst glaubte man, die Kartelle werden eine Stabilisierung des Wirtschaftslebens herbeiführen. In der Tat wurden sie zu einem Moment der Unsicherheit, der wilden Spekulation und der häufigen heftigen Preisschwankungen, die für die weitere Entwicklung vielleicht noch verderblicher sind, als selbst die hohen Preise. Der letzte Hauptgrund der steigenden Warenpreise liegt aber darin, daß wir jetzt eine Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus haben. Solange sie andauern wird, wird auch die Teuerung dauern. Darauf muß, trotz der Kartelle eine Periode sinkender Preise eintreten. Anders werden sich die Preise der Lebensmittel entwickeln. Sie sind in den vier Jahren gesunken, weil zum Weltmarkt Länder austraten, deren Bevölkerung dünn gesät war und deren ländliche Kultur ebenfalls betrieben werden konnte. Die hohe Arbeitsproduktivität gestattete ihnen, das Getreide billig zu verkaufen. Seitdem hat aber der Industrialisierungsprozeß auch in diesen Ländern eingekehrt; auch in diesen Ländern und vor allem in Nordamerika ist die Bevölkerung rasch gestiegen. Sie müssen ebenfalls zu intensiver Bebauung übergehen, die die Arbeitsproduktivität senkt. Daher das Steigen der Lebensmittelpreise. Da nun dieser Prozeß mit raschen Schritten vor sich geht, so werden wir fast ununterbrochen hohe Getreidepreise haben. Und das um so mehr, als gute Ernten in Rußland eine Ausnahme bilden. Die Regel bilden hier — Hungerjahre. . . Das Steigen der Getreidepreise bedeutet aber erhöhte Grundrente. Die Junker sind es vor allem, denen die nächste Zukunft reiche „Ernten“ bringen wird. Es ist also mit einer Erhöhung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zu rechnen, falls die Arbeiter diese nicht brechen.

Rechtsverhältnisse städtischer Beamten in Baden. Die Kommission der zweiten Kammer für Justiz und Verwaltung hat den Wünschen des Landesverbandes der städtischen Beamten im Großherzogtum Baden Rechnung getragen, indem sie im Einverständnis mit der Regierung den Antrag stellt, daß gegen die Beschlüsse über Entlassung ruhegehaltsberechtigter Beamten verwaltungsgerichtliche Klage zulässig sei und vorherige eidliche Zusageinvernahme stattzufinden habe. Hierdurch ist eine erhebliche Lücke in der Gesetzgebung geschlossen worden, da das Beamtenrecht der städtischen Beamten vollkommen ungenügend war. In der Begründung wird ausgeführt, daß das bisherige Verfahren der notwendigen Rechtsgarantien entbehere, da einerseits eine Verteidigung der Beamten nicht möglich sei und andererseits keine Möglichkeit einer Berufung gegen die Entscheidung des Stadtrats bestehe. Die Aussicht, auf dem Zivilrechtsweg gegen ungerechtfertigte Entlassung sich zu wehren, wurde durch ein Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe ausgeschlossen, da das Verhältnis der Beamten zur Stadt ein öffentlich rechtliches sei. Die Anträge der Kommission gehen nunmehr an das Plenum der zweiten Kammer und dann an die erste Kammer. Die städtischen Arbeiter werden natürlich nach wie vor der Willkür der Vorgesetzten preisgegeben sein. Es sind ja auch „nur“ Arbeiter.

Selbstkosten und Gewinn der städtischen Wasserwerke. Die plötzliche starke Bedarfsvermehrung nach Wasser in den heißen Tagen hat in einigen Städten einen teilsweisen Wassermangel gebracht, der von den Bewohnern äußerst unangenehm empfunden wurde und deutlich bewies, welche hohe wirtschaftliche und hygienische Bedeutung der ausreichenden Wasserversorgung der Städte zukommt. Gerade die hygienischen Bedenken gegen die Verwendung des Wassers aus offenen Flußläufen und Seen trotz weitgehender Filtrierung haben dazu geführt, daß im Interesse des Gesundheitszustandes der Bevölkerung immer mehr von dem Bezug offenen Wassers zur Wasserversorgung der Gemeinden und Städte abgegangen und zur Quellenfassung übergegangen wird. Die Hochquellen und vor allen Dingen die Grundwasserströmungen werden immer mehr bei der Wasserversorgung bevorzugt, so daß sich für die einzelnen Gemeinden aus der Verschiedenartigkeit ihrer Wasserbezüge ganz gewaltige Unterschiede im Betrag der Kosten der Wasserbeschaffung ergeben. Bei der Benutzung von Hochquellen ist infolge des Fortfallens der Wasserhebwerke und zwar weniger infolge ihrer Anlage, als ihrer ständigen Betriebskosten der Selbstkostenpreis für die Wasserbeschaffung relativ niedriger. Andererseits kann die Notwendigkeit langer Strecken von Rohrleitungen die Wasserversorgungsanlage bei der Benutzung von Hochquellenwasser teuer gestalten. Die erstrebenswerte Benutzung der Grundwasserströmungen dürfte sich bei der Anlage zahlreicher oft tiefer Brunnen sowie der Hebewerke und auch bei der oft weiten Entfernung zwischen Versorgungs- und Verbrauchsort allgemein am teuersten stellen. Naturgemäß wird durch den Selbstkostenpreis der Abgabepreis an die Konsumenten beeinflusst. Bei der großen Rolle, die die Einnahmen aus den Wasserwerken in dem Haushaltsetat eines Teiles unserer Städte gewissermaßen als eine indirekte Steuer spielen, wird aber der Wasserpreis in den einzelnen Städten auch durch die Finanzpolitik stark beeinflusst. Im Etatsjahre 1903 stellte sich der Einnahmehüberschuss der nachstehenden Städte aus ihren Wasserwerken in tausend Mark wie folgt: Berlin 2350, Hamburg 2000,

Aöln a. Rh. 867, Frankfurt a. M. 806, München 642, Hannover 602, Stuttgart 589, Leipzig 578, Breslau 528. Diejen großen Einnahmehüberschüssen, die durchaus nicht mit den Größenverhältnissen der einzelnen Städte harmonisieren, stehen insbesondere bei kleinen Wasserwerken nur geringe Betriebsüberschüsse, zum Teil sogar Verluste gegenüber. Nach den Zusammenstellungen von Rombert auf Grund der Angaben des „Statistischen Jahrbuches der Städte“ stellte sich die relative Rentabilität der Wasserwerksanlagen in Prozent des Gesamtanlagewertes bei den größeren Städten für Mannheim, Freiburg i. Br. und Stettin mit 15,1 beziehungsweise 14,5 und 14,0 Prozent am höchsten, während Bremen nur 4 Prozent erzielte. Im allgemeinen ergibt sich zwar nach der Steigerung der Selbstkosten auch eine Steigerung der Einnahme, aber bei einem Teil der Städte sind doch ganz gewaltige Schwankungen vorhanden. Die Gesamtausgaben für 1 Kubikmeter Wasser stellten sich für die Wasserwerke in Erfurt, Mainz, Spandau und Kiel mit 9,8 bzw. 9,3 7,6 und 6,8 Pfennigen am höchsten und in Freiburg i. B., München, Reg. und Augsburg mit je 0,8 bzw. 0,7 Pfennigen am niedrigsten. Die teuersten Konsumentenpreise für 1 Kubikmeter Wasser wurden jedoch gezahlt in Wiesbaden mit 24,3, Mainz mit 20,6, Kiel und Mannheim mit je 10,3 und in Kassel mit 18,8 Pfennigen, während in Augsburg, München, Vöckum und Würzburg 3,3 bzw. 4,7, 6,0 und 6,2 Pfennige pro Kubikmeter bezahlten Wassers erzielt wurden. Die höchste Differenz zwischen Selbstkostenpreis und Abgabepreis an die Konsumenten ergibt sich für Wiesbaden mit 19,8, Mannheim mit 16,3, Kassel mit 14,8, Hannover mit 14,0 Pfennigen, während die geringste Differenz sich für Augsburg und Essen auf 2,6 bzw. 3,3, für Vöckum und Krefeld auf 3,4 bzw. 4,0 Pf. stellte. Die Ungleichheit der Wasserpreise in den einzelnen Städten spielt an und für sich nur sofern eine geringe Rolle als sich der Jahresverbrauch an Wasser auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland nur auf rund 40 Kubikmeter beläuft und somit selbst bei den scheinbar großen Differenzen zwischen den Preisen in einzelnen Städten die finanzielle Mehrbelastung sehr gering und zum Teil durch lokale Verhältnisse durchaus bedingt ist.

Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes wird besonders aus Anlaß der Bauarbeiterausperrung in zwei Artikeln der „Sozialen Praxis“ befürwortet. Professor Franke wendet sich in einem Artikel an die Regierung mit dem Ersuchen, in großen wirtschaftlichen Kämpfen nicht alles geben zu lassen, wie es geht, den alten ablehnenden Standpunkt aufzugeben und wie in der Bauarbeiterbewegung selbst die Initiative zu Einigungsverhandlungen zu ergreifen. Magistratsrat Wolbing erwägt den Gedanken eines Reichseinigungsamtes in bestimmterer Form. Aus seiner Praxis als Gewerberichter weist er darauf hin, daß das zufällige Eingreifen der Regierung in Lohnkämpfe, wie auch die Tätigkeit der Einigungsämter der Gewerbegebiete nicht allgemein befriedigen können. Bei der Arbeitskammervorlage sei man dabei, den Gewerbegerichten in der Gestalt der Arbeitskammern neue Einigungsrichtungen mit zum Teil erhöhter, d. h. räumlich — aber nicht sachlich — erweiterter Kompetenz an die Seite zu setzen. Seit Jahren würde schon der Gedanke eines Reichsgewerbegerichts und eines Reichseinigungsamtes erwogen. Das Reichseinigungsamt sei geradezu eine Notwendigkeit. Die Einigungsämter der Gewerbegebiete sollen neben den Arbeitskammern bestehen bleiben, als eigentliche untere Instanz. Gelänge aber den unteren Instanzen eine Einigung nicht, so müßte als höchste Einigungs- und Spruchbehörde das Reichseinigungsamt entscheiden, als die Einheitslichkeit der Grundzüge wählende und mit höherer Autorität ausgestattete zweite Instanz.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle 1900. Zu diesem Artikel in Nr. 24 teilt uns das Arbeiterssekretariat Rosenheim mit, daß der Kartellbeitrag daselbst nicht 320 Mk., sondern 1,60 Mk. beträgt. Wir haben die obige Ziffer dem „Korrespondenzblatt“ entnommen.

Durstbekämpfung. Die Mittel, den Durst zu löschen, sind vielfach ganz falsch; alkoholische Getränke, stark gezuckerte Limonaden, starker Kaffee und Tee löschen nicht den Durst, sondern verursachen nur neuen. Zur Durststillung muß zunächst die Dursterzeugung verringert, der Gewürzverbrauch vermindert werden. Dann diene der Durstlöschung in erster Linie frisches Wasser, dann saure Limonaden, gerührte Sauermilch, fetter Obst, Kompotte. Man vergehe aber nicht, daß der Durst sich aus zwei Komponenten zusammensetzt: einmal Flüssigkeitsmangel und zweitens Wärmeüberschuss. Durch Bekämpfung des Wärmeüberschusses kann ein großer Teil Durst beseitigt werden. Dabei wirken kalte Damp- und Kurbäder, Gurgeln mit kaltem Wasser und Luftbad durstlösend.

Die Seifenfabrik der Grobkelnlaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Gröba-Riesa. Ein für die Mitglieder der Konsumgenossenschaften, die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehören, bedeutungsvolles Ereignis hat sich in diesen Tagen vollzogen: Die Grobkelnlaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hat den Betrieb ihrer Seifenfabrik in Gröba-Riesa eröffnet. Die Eigenproduktion der organisierten Konsumenten, die sich bisher darauf beschränkten

mußte, eigene Bädereien, Schlächtereien, Mineralwasserfabriken und ähnliche Betriebe zur totalen Bedarfsbefriedigung zu errichten, hat sich damit zur nationalen Eigenproduktion erweitert. Das kann eine bedeutende Steigerung der Macht und Bedeutung der Konsumentenorganisationen zur Folge haben, wenn das neue Unternehmen allseitig rege Unterstützung findet. Die organisierten Konsumenten sind nun nicht nur ihre eigenen Kaufleute, sie haben auch den Anfang dazu gemacht, ihre eigenen Fabrikanten zu werden. Reicht ist es ihnen nicht gefallen. An drei Orten wurde der Versuch gemacht, die Seifenbriik zu errichten, aber erst zum dritten Male glückte er. Eine wahre Leidensgeschichte knüpft sich an diese Gründung, infolge der Kurzsichtigkeit der Behörden. Nun aber ist es trotz aller Hindernisse glänzend gelungen und das Werk steht fertig da. Die Arbeitsverhältnisse der beschäftigten Arbeiter und Angestellten sind tariflich geregelt. Sie unterscheiden sich sowohl nach der Höhe der Löhne als auch nach der Länge der Arbeitszeit recht vorteilhaft von den in der dortigen Gegend üblichen Arbeitsbedingungen. Außerdem sind den Arbeitern Ferien und eine Anzahl anderer Vergünstigungen eingeräumt, die in Privatbetrieben zu den Ausnahmen gehören. So zeigt die Großaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, daß sie nicht nur in technischer, sondern auch in sozialer Hinsicht mit ihrer Seifenfabrik in Gröba-Rieska einen Musterbetrieb geschaffen hat, der von der Macht und Bedeutung der Konsumentenorganisation ein ehrendes Zeugnis ablegt. Jeder, von Sympathien für die Konsumgenossenschaftsbewegung erfüllte Mitbürger muß wünschen, daß diesem ersten großen Produktivbetriebe der organisierten Konsumenten ein glänzender Erfolg beschieden sein möge. Er leitet eine neue Ära ein, für die es von großer Bedeutung sein wird, wie es um das technische und geschäftliche Ergebnis der Seifenfabrik in Gröba-Rieska bestellt ist. Hoffentlich wird das auf allen Seiten beherzigt. Dann wird der imposante Bau im Herzen Deutschlands mehr sein als ein Wahrzeichen der Geschäftstüchtigkeit, des Opfernutes und der Treue zum eigenen Geschäft, die in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes lebendig sind: er wird obendrein den Wegweiser abgeben zu einer neuen Epoche der Konsumgenossenschaftsbewegung, die mit größerer Machtentfaltung nach außen und höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auch eine Vervielfachung des gemeinnützigen Wirkens verbindet, dem die segensreiche, soziale Bedeutung der Konsumentenorganisation entspringt.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Von den Wasserlinsen. Die Lemna, die Wasserlinse, ist eine allbekannte Pflanze, die jeder Spaziergänger sicher schon einmal gesehen hat. Besonders dort, wo ruhig stehende Tümpel sich finden, überzieht sie als dicke, grüne Wiese oft die ganze Wasseroberfläche. Dieses einfache Wässchen, als welches die Pflanze uns erscheint, gehört mit den mächtigen Palmen zusammen in eine Ordnung. Denn ihr Leben ist nicht so niedrig organisiert, wie man bei der ersten Betrachtung meinen könnte. Bei mikroskopischer Beobachtung sieht man, daß sie aus einer Anzahl zierlicher Zellen aufgebaut ist. Ja, wir erkennen bei einiger Aufmerksamkeit schon mit bloßem Auge ganz deutlich, daß unter der eigentlichen Pflanze ein oder mehrere kleine Würzchen hängen. Aber auch die Art der Fortpflanzung beschäftigt dies, wenn wir diese auch freilich nicht so oft und augenscheinlich zu sehen bekommen. Die Pflanze hat, wie alle höheren Gewächse, Blüten, wenn auch in recht einfacher Form und recht selten, die nur die zur Fortpflanzung unbedingt nötigen Organe tragen. Das massenhafte Nebeneinanderhaußen, das moosartige Bedecken der ganzen Wasserfläche, das die Lemna durch fortwährende Wucherung erzeugt, würde der Fortpflanzung wenig Schwierigkeiten bieten, wenn nicht auf diesen Tümpeln meist vollkommene Windstille herrschte. So kommt es denn, daß auch diese Pflanze schon wie die übrigen sich nach der Hilfe der Tiere umsehen muß. Aber sie ist nicht imstande, es ihren größeren Schwestern an schreienden Farben oder Duft gleichzutun und dadurch die Insekten heranzulocken. Auch kann sie diese nicht durch Darbietung von süßer Nahrung zur Übertragung des Blütenstaubes bestechen. Hier muß also eine andere Tiergruppe einmal helfend eintreten und Arbeit leisten, eine Tiergruppe, die sonst nur die Pflanzen für sich ausnützt. Es sind die Schnecken. Lange Wege ziehen sie, an der Oberfläche sich fortbewegend, durch die Lemna-Wiese und sind somit geeignet, hier und dort mit den Seiten ihres Fußes die Pflänzchen treffend, den Blütenstaub weiterzubefördern und an der nächsten Pflanze zur Befruchtung abzutreiben. Neben dieser geschlechtlichen Vermehrung spielt die ungeschlechtliche die bei weitem größere Rolle. Nicht nur treibt die Pflanze immer neue Sprosse, die als selbständige Pflanzen weiterleben können, sondern es wird auch in dieser Weise für den Winter vorgesorgt. Schon im Sommer, besonders im Juli, entwickeln sich nierenförmige Sprosse, die dunkler aussehen und einen größeren Gehalt von Reservestärke bekommen. Dadurch werden sie schwerer und sinken auf den Boden des Gewässers, wo sie als Winterknospen verbleiben. Erst im Frühjahr beginnt es sich in diesen

Knospen wieder zu regen, das Volumen fängt an sich zu vergrößern, wodurch sie spezifisch leichter werden und wieder in die Höhe steigen. So bietet das Leben der kleinen im Pflanzenreiche Mäusel in Hülle und Fülle für den, der zu sehen und zu denken weiß. Wer möchte nicht mehr davon erfahren! Da ist denn kürzlich ein Büchlein erschienen, das in farbenfrohen Miniaturen allerlei „Aus der Wunderwelt des Wassertropfens“ an unserem Auge vorüberziehen läßt. (Dr. W. Auhmann, Aus der Wunderwelt des Wassertropfens, Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle: Franckh'sche Verlagsbuchhandlung, 1.-M.). Aus ihm ist das obige Bildchen entnommen, und zu dem Büchlein mag jeder greifen, der Lust hat, mehr zu wissen von all den tausend Dingen, die man nicht sieht.

Poesie und Technik. Ein Wort für Max Eyth. „Poesie und Technik“, klingt es nicht, als ob man Feuer und Wasser vereinen wolle? Wo ist wohl auf den ersten Augenschein etwas, was sich mehr widerspricht? Und wann werden wir Sinn bekommen für die Tatsache, daß in den Werken unserer heutigen Technik, mögen sie sich nun als Dampfmaschinen, als Kraftanlagen, als Brückenbauten oder sonstige darstellen, genau derselbe Geist wohnt, wie in den großen Werken der Kunst? Weil sie dieselbe Schöpferkraft, dieselbe läuschernde Phantasie, dasselbe wellumspannende Menschenhirn erfassen, das sich einmal so, einmal so auswirkt! Unter den Großen im Reiche des Geistes verstanden so viele die Poesie der technischen Meisterwerke. Denn sie entnahmen ihnen oft die Stoffe zu ihrem dichterischen Schaffen. Leonardo da Vinci, Wilh. Jordan, Goethe in gewissem Sinne, und als einer der neuen Zeit: Max Eyth! Lange nicht genug ist er gekannt und lange nicht genug gewürdigt. Wie farbenfroh und leuchtend sind nicht seine „Briefe eines Ingenieurs“, die er „Im Strome der Zeit“ betitelt, und die uns so recht hineinführen in jene Welt des gewaltigen Ringens und Kämpfens, die da Natur dem Menschengeiste dienstbar macht. Und wie golden und sonnig durchleuchtet nicht all die Skizzen und Briefe seine unverfälschte Deutlichkeit, die den Ernst des Lebens so prächtig verkärt. Wahrlich, es lohnt schon, den Mann kennen zu lernen. Sich hineinzulesen in seine Bücher und aus den Büchern wieder zu erleben, wie schön auch die Welt der Technik ist, wenn man sie mit den Augen des Wissenden betrachtet. Da kommt uns denn ein Büchlein recht gelegen, das kürzlich die „Technischen Monatshefte“ (Stuttgart, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung) ihren Lesern (Nichtabonn. zahlen 1 M.) als Gabe besicherten: Dr. G. Viedenapp, Max Eyth, ein deutscher Ingenieur und Dichter.

Liebe Schwester! Unter diesem Titel ist im Verlag von B. Pfannkuch u. Co. in Magdeburg eine kleine Agitationsbrochure erschienen, die der Agitation für Partei und Gewerkschaften unter den Landarbeitern und in Berufen, die ihre Arbeiterschaft vom Lande aus ergänzen, vortreffliche Dienste leisten kann. Einzelpreis 5 Pfennig. Bei Bezug größerer Partien bedeutende Preisermäßigung.

„Im eigenen Heim“ mit den Beilagen „Landleben“ und „Gartenstandl“. Jährlich 12 Hefte 4 M. (Porto 60 Pf.) für Jahresabonnenten mit dem Buche vom Amtsbaumeister Spindler: „Eigener Herd ist Goldes wert“. 96 Seiten mit 150 Abbildungen (Preis sonst 1,70 M.) als Gratisprämie. (Westdeutsche Verlagsbuchhandlung Wiesbaden.)

◆ Briefkasten ◆

Durch ein Versehen des Setzers ist im Kopf der Gau-Abrechnung irrlich das Wort *filiale* anstatt *Gaue* befallen worden. Wir bitten von dieser Richtigstellung Notiz zu nehmen.

Totenliste des Verbandes.

Jr. Maubellsh, Mannheim

Gasarbeiter

† 6. 6. 1910, 40 Jahre alt.

Paul Ed. Reiche, Hamburg

Straßenreiniger

† 7. 6. 1910, 26 Jahre alt.

Geinrich Bierwirth, Köln

† 8. 6. 1910, 48 Jahre alt.

Peter Winter, Offenbach

Kanalarbeiter

† 10. 6. 1910, 44 Jahre alt.

Michael Deker, München

Katernenwärter

Gestorben am 13. Juni 1910, im Alter von 51 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!